

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 47.

Dienstag, den 25. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Maderos Ende.

Maderos Fall ist bemitleidenswert. Er selbst und sein Bruder sind erschossen, seine Familie ist verjagt und die schnell zusammengeschmolzene Schar seiner Anhänger irrt entmutigt im Versteck umher. Ein solches Schicksal hat er sicher nicht verdient. In allen den vielen Berichten über die Vorgänge in dem mexikanischen Herrschaftsgebiet wird mit keinem Wort irgend eine Verfehlung Maderos erwähnt, wie auch nirgends gesagt wird, daß seine Feinde aus besserem Holze geschnitten seien. Von diesen allen ist jedenfalls nichts für die Ruhe des Landes, noch für die Befreiung der infam geschundenen Eingeborenen zu erwarten.

Madero fiel nicht im ehrlichen Kampfe, sondern durch schmutzigen Verrat der zwei Generale Huerta und Blanquet, die durch Gesetz und Eid zum Schutz der Regierung des Präsidenten Madero verpflichtet waren. Huerta ließ sich gleich nach vollzogenem Verrat zum Präsidenten ausrufen. Es ist keine Prophetengabe nötig, um vorauszusagen, daß er keine Freude an seiner durch gemeine Schurkerei ergatterten Beute haben wird. Denn schon kündigen die anderen Bandenführer, denen der Größenwahn den stolzen Namen Generale zugelegt hat, an, daß sie den neuen Präsidenten ebenso bekämpfen werden wie den abgesetzten.

An allen Umwälzungen in Mexiko haben politische Anschauungen oder sachliche Motive keinen Anteil gehabt, eine Regel, die durch zwei Ausnahmen bestätigt wird. Entweder war der persönliche Machtthirst der Bandenführer oder, noch öfter, ihr und ihrer kapitalistischen Hintermänner Geldinteresse der zur Brandstiftung und Massenmord treibende Faktor. Gleich nach dem vor knapp zwei Jahren erfolgten Amtsantritt Maderos trieb Eifersüchtelei, Habgier und der „große amerikanische Handschlag“ eine Anzahl seiner bisherigen Freunde in das Lager seiner Feinde. Sie gingen so weit, auf allen Straßen auszuschreien, er habe aus der Not des Vaterlandes Münze für die eigene Tasche geschlagen und seine Versprechen gebrochen. Sie waren der Meinung, die Nordbrenner ihrer Horden habe ihnen ein Recht auf reichere Beute erworben. Da Madero durch die Erpressungskampagne nicht zum Entgegenkommen gezwungen werden konnte, gingen die beiden Bandenchefs Orozco und Zapata zu seinen Todfeinden, der Diazklique, über. Gewiß, die beiden Dunkelmänner hatten keinerlei Prestige, waren aber immerhin im Verein mit Felix Diaz, dem Neffen des großen Schurken, der in der Armee populär ist, zu fürchten.

Letzten Oktober versuchte, wie bekannt, Diaz in Veracruz einen Staatsstreich, der für ihn mit der Verurteilung zum Tode ausging. Er wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt, dann vor zwei Wochen von seinen Anhängern aus dem Gefängnis befreit und von ihnen zum Häuptling erkoren.

Aber das Schicksal schreitet schnell. Die nämlichen Gestalten, die durch Abtrünnigkeit und Verrat an Madero dessen Verjagung herbeiführten, bedrohen jetzt den durch Mord und Verrat zum Landesoberhaupt gewordenen Huerta. Sie marschieren nun mit ihren Horden auf die Hauptstadt und gelingt es Huerta inzwischen nicht, sich ins Trockene zu bringen, so wird an ihm die gleiche Prozedur geübt werden, die er seinem Amtsvorgänger angedeihen ließ. Aber auch ohnedem ist die Stellung Huertas nicht haltbar. Nicht wegen seiner moralischen Disqualifikation — auf solche Kleinigkeiten wird in Mexiko nichts geachtet —, sondern wegen seiner Machtlosigkeit auf die wildgewordene Soldateska. Diese schreit wie befehlen nach Felix Diaz als Präsidenten und sie hat auch die Macht und den nötigen Plan, ihre Forderungen durchzuführen. Lange wird sie damit nicht warten. Nach alledem wird auch der stärkste Optimismus nicht annehmen, daß in Mexiko nun Friede werde. Der Staatsstreich einer Soldateska ist eine schlechte Grundlage für die innere Ruhe eines Staates. Zwar ist die Flamme der Militärrevolte momentan verdunkelt, sie wird aber bald wieder lichterloh aufschlagen, wenn nicht ein blasses Wunder geschieht. Jede der habenden Cliquen wird von ihrem reinen Eigeninteresse bestimmt, um die wohlwollende Neutralität des großen amerikanischen Bruders jenseits des Rio Grande und um die finanzielle Unterstützung der New Yorker Wallstreet zu werben. In richtiger Beurteilung der Folgen dieser Selbstzerfleischung erblicken die Washingtoner Machthaber in der gegenwärtigen Militärrevolte und in der Bildung einer provisorischen Regierung einen Wendepunkt in der mexikanischen Krise und große Vorteile für das amerikanische Kapital.

Die amerikanische Hochfinanz hat alle Ursache zur Freude. In Mexiko schlägt man sich für ihre Interessen. Am Ende der Nordbrenner werden ihre Privilegien

gesicherter und vermehrt sein und der Deltrist wird die viel begehrten Delquellen für einen Pappenstiel erhalten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Deckungsfrage und Militärvorlage.

Zu der Diskussion darüber, ob die Militärvorlage gleichzeitig mit der Deckungsvorlage den Reichstag beschäftigen wird, schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Anderweitigen Erörterungen in der Presse gegenüber können wir mitteilen, daß an allen maßgebenden Stellen Uebereinstimmung dahin besteht, daß die Militärvorlage und die Vorlage über die Deckung der neuen Forderungen gleichzeitig dem Reichstage zugehen sollen.“

An Klarheit läßt diese Mitteilung so ziemlich alles vermissen. Daß beide Gesetzentwürfe zusammen dem Reichstage eingebracht werden, ist eigentlich selbstverständlich. Die Hauptsache würde aber eine Aufklärung darüber gewesen sein, ob beide Gesetze durch ein Mantelgesetz verbunden werden sollen, so daß das eine nicht ohne das andere angenommen oder abgelehnt werden kann.

Drollig ist die Haltung der liberalen Presse, die mit großem Eifer dafür eintritt, unter allen Umständen erst die Rüstungen zu bewilligen, die Frage der Deckung aber noch offen zu lassen. Zur Begründung dieses Standpunktes führt die nationalliberale „Berliner Börsenzeitung“ aus:

„Die eigenartige Zusammensetzung des gegenwärtigen Reichstages läßt diese Behandlung der Militärvorlage und ihrer Deckung zweckmäßiger erscheinen, weil man von vorn herein damit rechnen muß, daß an den Forderungen des Kriegsministers mannigfache Abstriche vorgenommen werden dürften. Wollte man die Regelung der Deckungsfrage vorwegnehmen, so würde man damit vor die Quadratur des Kreises gestellt werden, Deckung für Ausgaben zu beschaffen, deren Höhe noch lange nicht feststeht. Das heißt, man würde entweder eine ungenügende Deckung beschaffen, wenn die Abstriche geringer sind, als man angenommen hatte, oder man würde Steuern auf Vorrat bewilligen, wenn die Streichungen einen größeren Umfang annehmen sollten. Beides aber wäre gleich unerwünscht.“

Wenn niemals eine Sorge unbegründet war, dann ist es die, daß der Reichstag zu viel Steuern bewilligen könnte!

### Regierung und Jesuitengesetz.

Die Regierung wird dem Beschluß des Reichstages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes keine Folge geben. Nichts anderes kann aus den Ausführungen geschlossen werden, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dazu macht. Das offiziöse Blatt schreibt:

„Erfreulich ist die Ruhe, mit der diesmal die Verhandlungen, die neue sachliche Gesichtspunkte nicht gebracht haben, und wohl auch nicht bringen konnten, geführt worden sind. Solche Ruhe erscheint doppelt notwendig in einer Frage, die nur zu oft schon die Angehörigen beider christlichen Konfessionen leidenschaftlich erregt hat. Wem es ehrlich darum zu tun ist, daß die verschiedenen Konfessionen für die religiösen Bedürfnisse ihrer Angehörigen, ihren Glaubenssätzen entsprechend, eintreten und sorgen, ohne daß der konfessionelle Frieden untergraben wird, der wird es begrüßen, daß wir uns so wieder dem Zustand nähern, der bis in das Jahr 1912 bestanden hatte. Dieser Zustand gab uns immerhin einen von leidenschaftlichen Erregungen freien Modus vivendi, der sich in einer, aller Engherzigkeit abgewandten Handhabung des Gesetzes kennzeichnete. Daß der Bundesratsbeschluß vom 28. November hieran nichts hat ändern sollen und nichts geändert hat, ist gegenüber anderweitigen unrichtigen Auffassungen vom Reichstanzler im Reichstage ausdrücklich festgestellt worden.“

Also keine Aufhebung des Jesuitengesetzes, aber eine Handhabung, wie sie bis zum Eingreifen des Freiherrn v. Hertling Übung gewesen ist. Damit wird sich das Zentrum, wenn es auch gegenwärtig noch großt, zufrieden geben.

### Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges.

Wie verlautet, ist man im Reichsamt des Innern damit beschäftigt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Frage des Strafvollzuges für das ganze Reich einheitlich regelt. Endlich!

### Der Freisinn und das Reichstagswahlrecht.

Zu dem fortschrittlich-nationalliberalen Bündnis in Breslau ist nachzutragen, daß im freisinnigen Wahlverein der Antrag gestellt wurde, nur einen solchen nationalliberalen Kandidaten zu akzeptieren, der Anhänger des allgemeinen, gleichen, gehehmen und direkten Wahlrechts für Preußen sei. Dieser Antrag wurde abgelehnt, was auf die Wahlrechtsfreundschaft des Freisinn ein bezeichnendes Licht wirft.

### Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der „Textilwoche“ zufolge wird der dem Bundesrat jetzt vorliegende Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe grundsätzlich die dreistündige Verkaufs- und Beschäftigungszeit am Sonntag einführen. Für diejenigen Orte, an denen insbesondere die Landbevölkerung ihre Bedürfnisse im sonntäglichen Einkauf zu decken pflegt, ist jedoch eine Ausdehnung der Verkaufszeit auf vier Stunden vorgesehen.

### Die Agrarier lassen mit sich reden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb am Sonnabend, es sei am zweckmäßigsten, die Heeresvorlage würde gleichzeitig mit der Kostendeckungsvorlage dem Reichstage unterbreitet; wenigstens solle man eine vorläufige Verständigung über die Kostendeckung zwischen der Regierung und den nationalen Parteien herbeiführen. Die konservative „Post“ geriet hierüber in Harnisch und sprach von einem Feilschen und Schachern. Das Verteilblatt entgegnet furchtbar gefränkt: „Wir haben ausdrücklich jeden Kuhhandel, jedes Schachern und Feilschen, jedes kleinliche Handeln und Märkten zurückgewiesen. Es ist uns nicht im Traume eingefallen, zu schreiben oder anzudeuten, daß die Heeresvorlage nur dann bewilligt werden solle, wenn die Deckungsvorlage gleichzeitig eingebracht würde. Im Gegenteil, wir haben gesagt, daß die Heeresvorlage jedenfalls und unter allen Umständen bewilligt werden müsse; wir haben lediglich hervorgehoben, daß dieses Ziel leichter und sicherer erreicht werden würde, wenn man sich im allgemeinen über die Deckungsfrage verständigt hätte.“

Der Kern dieser Ausführungen ist also: Sobald die Agrarier wissen, wer die Kosten für die neuen Rüstungen zu zahlen hat, sind sie voll und ganz zur Bewilligung bereit — aus der Tasche der anderen natürlich!

### Weiterer Rückgang der Fleischeinfuhr.

Im Monat Januar ist die Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh weiter zurückgegangen. Frisches Rindfleisch, das zumeist aus Dänemark kommt und von dem noch im November 42 000 Doppelzentner eingeführt wurden, zeigt im Januar nur noch eine Einfuhr von 30 853 Doppelzentnern. Auch die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat nicht unwesentlich abgenommen; sie belief sich auf 43 000 Doppelzentner gegen 48 000 im Monat Dezember. Hier sind die Niederlande die Hauptlieferanten mit 24 000 Doppelzentnern, während aus Rußland nur 11 000 kamen. Auch die Einfuhr von Rindvieh hat im Januar um fast 2000 Stück abgenommen, sie betrug 17 346 Stück gegen 19 323 Stück im Dezember. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberste Industriegebiet ist zwar gegen den vorhergehenden Monat noch etwas gestiegen, sie hat aber den Stand vom Monat November nicht mehr überschritten.

### Zu den preussischen Landtagswahlen.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Niedersachsen beschloß am Sonntag in Hannover, in allen Wahlkreisen, wo es irgend zugänglich sei, selbständige Kandidaturen aufzustellen. — Für Mülhausen-Langensalza schlossen die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei ein Wahlbündnis dahin ab, daß die Nationalliberalen für die Landtagswahl beide Kandidaten, die Freisinnigen aber zur Reichstagswahl den Kandidaten stellen. Diese Mandate haben jetzt die Konservativen inne.

### Die Landtagswahlen in Baden.

Mit Ausnahme der Städte Mannheim und Karlsruhe sind jetzt fast überall die sozialdemokratischen Kandidaten zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen aufgestellt. Das Zentrum beginnt bereits seine angelegte Taktik: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie einzuleiten; es unterläßt die Kandidatenaufstellung in jenen Kreisen, in denen es seine Stimmen gleich im ersten Wahlgang dem Gegner der Sozialdemokratie, der die meisten Ausichten auf den Sieg hat, zuführen will, einerlei, ob dieser konservativ oder freisinnig ist. Auf diese Weise will der Zentrumsführer Wader den badischen Großblod sprengen. In der Presse der nichtzentrumlichen Parteien verschwinden deshalb auch nicht die Erörterungen, ob ein Großblod schon im ersten oder erst im zweiten Wahlgang den Wirkungen der Waderschen Taktik begegnen soll.

### Belgien.

Das letzte Angebot. Die belgische Regierung scheint zu fühlen, daß alle ihre Drohungen, die Mobilisierung der ganzen Armee, der Gendarmen und der Polizei, die Arbeiter nicht abhalten werden, den Generalstreik für das gleiche Wahlrecht zu unternehmen. Jetzt sollen die Bürgermeister,

nahtlich ganz „freiwillig“, den Staat, d. h. die klerikale Regierung und die kapitalistische Ordnung retten. Am Sonntag waren, wie eine offiziöse Depesche meldet, die Bürgermeister der neun Provinzialhauptstädte auf dem Brüsseler Rathhause versammelt, um über die durch den drohenden Generalstreik geschaffene Lage zu beraten. Es wurde beschlossen, einen Appell an die Arbeiter zu richten, in dem sie erzuht werden, im Interesse des Friedens auf den Generalstreik zu verzichten; ferner wurde beschlossen, eine Audienz beim Ministerpräsidenten zu erbitten, um ihn zu ersuchen, bei Verzicht der Arbeiter auf den Generalstreik in voller Freiheit an die Lösung der Wahlrechtsfrage heranzutreten. Zwei katholische Bürgermeister enthielten sich bezüglich des letzten Wunsches der Abstimmung. — Dem Ministerpräsidenten ist wahrlich lange genug Zeit gegeben worden, an die Lösung der Wahlrechtsfrage heranzutreten; er hat es aber kaltblütig immer verschmäht. Nun ihm das Feuer auf den Nägeln brennt, möchte er nochmals eine Frist, und die soll ihm das offenbar bestellte Eingreifen der Bürgermeister schaffen.

### Norwegen.

**Das Programm der Regierung.** Am Sonnabend legte die neue liberale Regierung dem Storting ihr Programm vor. In diesem wird besonders hervorgehoben, daß die 1909 begonnene, aber durch die frühere konservative Regierung unterbrochene Regulierung der Wasserfälle und Eigentumsrecht des Staates an ihnen fortgesetzt werden soll. Weiter werden eine Reihe von Schulreformen und die Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung für das ganze Volk in Aussicht gestellt. Die bestehenden Sozialgesetze sollen revidiert, das Fabrikarbeitsgesetz geändert und ein Maximalarbeitszeitgesetz für die industriellen Betriebe eingeführt werden. Außerdem soll ein neues Gesetz über den Kindererwerb ausgearbeitet und die militärische Rechtspflege reformiert werden. Über auch die Aussichten auf weitere militärische Ausgaben sind durch das Regierungsprogramm zur Wirklichkeit geworden. Die Mannschaften der Küstenbesatzungen sollen erhöht und zu festen Garnisonen erweitert werden. Besonderes Gewicht wird auf die Vermehrung von Torpedo- und Minenmaterial gelegt.

### Balkan.

**Die Kriegslage.** Nachrichten vom Kriegsschauplatz besagen, daß auf allen Operationslinien große Schanzen liegen, wodurch die militärischen Operationen einige Tage gehindert werden. Das offizielle Kriegsbulletin besagt: Im Laufe des gestrigen Tages (Sonntag) bombardierte der Feind Adrianopel. Doch war die Kanonade nur schwach. Zwischen der Hauptlinie und den feindlichen Batterien entwickelte sich ein kleineres Artilleriegefecht. Die militärische Lage vor Bulair ist unverändert. Bei Tschataldja treten die Bäche aus den Ufern und erschweren so die Bewegungen der Retragungsformationen. Im Kampfe, der westlich von Albanien bei Tschataldja stattgefunden hat, hatten türkische Truppen 5 Tote und 22 Verwundete. Die Verluste des Feindes sind bedeutend größer. In eingeweihten Kreisen verlautet, die englische Regierung habe bei der bulgarischen Regierung um die Befreiung der Bedingungen nachgehakt, unter denen die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

### Amerika.

**Die zweite Verurteilung wegen Uebertretung des Antitrustgesetzes.** In diesen Tagen ist eine zweite Verurteilung wegen Uebertretung des Antitrustgesetzes in Cincinnati erfolgt. Die erste Verurteilung traf den Terpentintrust, das jetzige Urteil richtet sich gegen den Registerassistenten (National Cash Register Co.) Besonders bemerkenswert wird dieses Urteil dadurch, daß sich das Gericht nicht an die vom geschickten Juristen gegebene Interpretation hielt, bei Uebertretungen des Trustgesetzes könnten die Trusts nur mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden. Zum ersten Male wurde wegen Verstoß gegen das Trustgesetz auf Einkerkelung erkannt, und zwar wurden 29 Beamte der Registerkassenkompanie zu 9 bis 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Präsident und der Vizepräsident des Trusts erhielten jeder ein Jahr Gefängnis neben Geldstrafen bis zu 20 000 Mark. Würden auch die anderen Verurteilten das Gesetz so anwenden, die Trusts würden es vielleicht besser respektieren. Die gänzliche Wirkungslosigkeit des Gesetzes war, teilweise wenigstens, auf jene entgegenkommende Auslegung zurückzuführen. Vor fünf Jahren wurde z. B. der Vorkönig Kodjeller wegen vielhundertfältiger Uebertretung des Gesetzes in Chicago zu einer Geldstrafe von 29 Millionen Dollars verurteilt. Vor aller Welt verhöhnte er den Richter und seinen Urteilspruch: Er (Kodjeller) werde lange gefesselt, begraben und verweilt, die Strafe aber noch nicht bezahlt sein. Von einer höheren Instanz wurde er denn auch freigesprochen. Der verurteilte Registerassistent hat in Dayton, Ohio, ein riesiges Unternehmen — technisch wohl die besteingerichtete Fabrik der Welt, in der sie das System des „wohlthätigen Feudalismus“ mit äußerster Konsequenz durchgeführt hat. In demselben „amerikanischen“ Stil, in dem der Trust die Arbeiter ausbeutet, geht er gegen seine Konkurrenz vor; ein besonderes Departement hat die Aufgabe, Methoden zu finden, nach denen der Verkauf der Waaren der Konkurrenz zu hintertreiben ist. Er hat die Produkte anderer Fabriken massenhaft nachahmen lassen und in den Verkehr gebracht; diese Fabrikate waren natürlich nicht zu gebrauchen. Der Trust hat zum Schaden Konkurrenzunternehmen gegründet, um unliebame Firmen einzuschleichen und zur Aufgabe der Produktion zu bewegen, kurz in vielen Hunderten von Fällen Praktiken geübt, die das Trustgesetz mit schweren Strafen bedroht. Dafür hat ihre Vertreter jetzt verurteilt worden. Freilich mit der Verkündung des Urteils hängen die Direktoren des mächtigen Trusts noch nicht wirklich ins Gefängnis, da er den alle juristischen Epitheta anwenden, um das Urteil vor ein höheres Gericht zu bringen, um dort auch freigesprochen zu werden.

Heber den Tod Maderos und Suarez' äußerte sich Huerta folgendermaßen: Um Mitternacht griff eine Schar von 50 Mann die aus 100 Rurales bestehende Eskorte der Gefangenen an. Diesen wurde befohlen, die Wagen zu verlassen, worauf sie von einer Wache von 30 Mann umgeben wurden, während die übrigen Rurales das Feuer erwiderten. Der Kampf dauerte 20 Minuten. Nach seiner Beendigung wurden Madero, Suarez, zwei Rurales und ein Bürger tot aufgefunden. Die Angreifer ergriffen die Flucht.

Demgegenüber wird von anderer Seite behauptet, daß Madero absichtlich erschossen ist. Aus Mexiko wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: Die Uebertretung des Expräsidenten Madero und des Vizepräsidenten Suarez in das Gefängnis wurde vollständig geheimgehalten, sodaß die Anhänger Maderos nichts davon wissen konnten. Die Nacht war klar, keine Spur von einer Kavallerie-Eskorte wurde in den Straßen gefunden. Die Regierung behauptet, zwei der angreifenden Anhänger Maderos seien erschossen worden, aber die Leichen werden nicht gezeigt. Madero hat nur eine Schußwunde im Hinterkopf. Die offiziellen Erklärungen von Huerta und de la Barra weichen von einander ab. Während Huerta eine scharfe Untersuchung verspricht, drückt jedes Blatt hier die Ansicht aus, daß die Regierung die Morbtat arrangiert habe. Mexiko ist äußerlich ruhig, weil das Militär die Oberhand hat.

Ein Deutscher namens Felix Sommerfeld, der Chef des Geheimdienstes des bisherigen Präsidenten Madero ist erschossen worden. Die Tat wird mit der Behauptung begründet, daß er sich zur Spionage hergegeben habe.

## Die Warenhaus- und Konsumvereinssteuer abgelehnt.

Die Lübecker Bürgerschaft hat gestern abend in später Stunde die vom Senat geplante Utaade auf die Taschen der minderbemittelten Volkskreise, die unter der Bezeichnung Warenhaussteuer erfolgen sollte, glatt verworfen. Nur 28 Mitglieder unseres Vierklassenparlaments stimmten der Vorlage des Senates zu, während 54 dagegen votierten. Fast ein Drittel der Bürgerschaftsmitglieder glänzte durch Abwesenheit, darunter die meisten Vertreter des Landgebiets. Wie verlautet, haben von Detaillisten abhängige Bürgerschaftsmitglieder, die Gegner der Senatsvorlage sind, den Saal vor der Abstimmung verlassen, um ihnen wegen ihres Votums drohenden wirtschaftlichen Schäden aus dem Wege zu gehen. Wenn das zutrifft, so ist das sehr bezeichnend für den Terrorismus, der von Freunden der Ausnahmebesteuerung ausgeübt wird.

Die Begründung der Steuervorlage ist so dürftig und nichtssagend, wie man das sogar nicht einmal bei den Senatsanträgen im allgemeinen gewöhnt ist. Nur finanzielle Gesichtspunkte wurden dafür vorgebracht. Die Absicht gewisser sogenannter Mittelständler, durch die geplante Steuer die Entwicklung zu hemmen und den Konsumverein möglichst zu erdrücken, wurde im Laufe der Debatte von Herrn Behn, der als Vorstandsmitglied des Hansabundes nach dessen Grundsätzen eigentlich den Steuerplan hätte bekämpfen müssen — aber was fragen diese Herren in solchen Fällen nach ihrem Programm! — mit wünschenswerter Klarheit zum Ausdruck gebracht. Genosse Stellin charakterisierte dieses Vorgehen denn auch in treffender Weise. In seiner großen Rede legte unser Fraktionredner dar, wie volksfeindlich die geplante Steuer wirken würde, und wie ungerecht die gezielte Belastung der minderbemittelten Bevölkerung ist, die sich zu einer konjunkturgenossenschaftlichen Organisation zusammengeschlossen hat, um auf diese Weise der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die eine Folge unserer herrschenden Wirtschaftspolitik ist, nach Möglichkeit begegnen zu können. Die Herren J. Meyer und A. Pape unterstrichen die Ausführungen Stellings und halfen wader mit, den schneidenden Beschels, den die Warenhaussteuervorlage darstellt, zu verharren.

Der Senat erkannte jedenfalls, daß er für eine verlorene Sache eintrat; deshalb waren seine Rettungsversuche, die er durch den süßlichen Finanzminister unternommen ließ, nur recht schwach. Die Drohung, daß im Falle der Ablehnung die Vorlage wiederkommen würde, schreckte niemand. Verlangt es denn dem Senat nach weiteren Niederlagen? Mit Ruhm kann er sich auf solche Weise doch kaum belledern.

Als in namentlicher Abstimmung die Warenhaussteuervorlage gefallen war, da erschall auch von den dichtbesetzten Tribünen ein mehrstimmiges Bravo! Dort saßen in der Hauptsache Leute, die nach dem Willen des Senats mit neuen Lasten beschwert werden sollten. Sie waren Zeuge eines der wenigen Ausnahmen gewesen, da die Bürgerschaft einer Vorlage nicht zustimmte, die sich in der Hauptsache gegen unsere minderbemittelten Volkskreise richtete.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 25. Februar.

**Die Bürgerschaft** war gestern abend sehr fleißig; sie arbeitete ihre ganze Tagesordnung auf, auf der auch einige sehr wichtige Gegenstände standen. Die Stimmung eines Teiles der Bürgerschaft ist augenblicklich recht kriegerisch gegen den Senat. Das kam gleich bei der Eröffnung der Sitzung zum Ausdruck, als der Senat ein Dekret bekannt gab, wonach der Senat den Beschlüssen der Bürgerschaft, die sich auf die bekannten Nachbewilligungen für das Stadttheater beziehen, beigetreten ist, obwohl noch gar nicht die nach der Geschäftsordnung nötige Gesamtabstimmung vorgenommen wurde. In der nächsten Bürgerschaftssitzung soll diese Angelegenheit noch eingehend erörtert werden.

In einer längeren Ansprache gab der vom Senat beantragte Das eines Staatsarchivs Veranlassung. In Anbetracht des gewiß nicht erfreulichen Budgets für 1913 wollen einige Gruppierungen jetzt um jeden Preis sparen; sie halten aus

Sparankheitsrückichten auch die Errichtung eines Gebäudes für das Staatsarchiv nicht für nötig und ließen sich auch durch die längeren Ausführungen des Staatsarchivars nicht in ihrer Meinung beirren. Schließlich wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen. Dasselbe Schicksal erfuhr der Senatsantrag betreffend den Ankauf eines Hauses in der Königstraße.

An die Neuordnung der Sielbaukasse und die Festsetzung der Neupflasterungsabgaben knüpften sich nur unwesentliche Erörterungen. Das Hauptinteresse nahm die geplante Warenhaussteuer in Anspruch, die mit großer Mehrheit verworfen wurde. Wir gehen darauf an anderer Stelle besonders ein. Es war noch nicht ganz 11½ Uhr, als die Bürgerschaft nach Erledigung ihrer gesamten Tagesordnung besriedigt den Saal verließ.

**Was sollen unsere Töchter werden?** Dieses zeitgemäße Thema wird, wie man uns schreibt, der Lübecker Lehrerinnenverein am Freitag, dem 28. Februar, 8¼ Uhr, im großen Saale des Bürgervereins, Königstraße 25, in einem öffentlichen Vortragsabend eingehend behandeln. Die Wahl eines Berufes ist eine außerordentlich wichtige Frage, da ja der Beruf für das Leben von größter Bedeutung ist. Er soll der körperlichen und geistigen Veranlagung des Mädchens entsprechen, Verriedigung und ein gutes Auskommen gewähren. Der Lehrerinnenverein will nur durch seinen Vortragsabend den Eltern Gelegenheit geben, sich über die verschiedensten Berufe zu unterrichten. Deshalb werden die Vorsitzenden der Fachvereine der Damen Schneiderinnen, der Friseurinnen, der Buchmacherinnen und der kaufmännischen weiblichen Angestellten anwesend sein und jede gewünschte Auskunft erteilen. — Alle, die sich für die Sache interessieren, besonders die Eltern der Volksschülerinnen, sind freundlich eingeladen.

**Schöffengericht** am 25. Februar. „Haluziationen“. Ein Maschinist St. hatte einen Dampfer für 11 000 Mark verkauft und etwa 500 Mark Anzahlung erhalten. Die Freude über den guten Kauf und Verkauf wurde entsprechend gefeiert. Gegen Mitternacht kamen sie in ein Hotel an der Untertrave, trafen am Stammtisch noch etwas Gesellschaft und in diesem fröhlichen Kreise wurde auch nicht gekauert, weder mit Worten noch mit Trank. Es wurde tüchtig ausgegeben: Bier und Bittern, Kaffee, acht bis zehn Runden Sennestoff und eine Flasche Sekt. Der Maschinist wurde, nachdem er den Geschmack an weiterem Trinken verloren hatte, nach oben begleitet, wo er erst den Kellnerstift anschaute und dann bei der Stearinfunzel über die 240 Mark nachbrütete, die während der Nacht zum Teufel gegangen waren. Dem Seemann war zu eng in seiner Bude; er öffnete Türen und Fenster der verschiedensten Zimmer. Da schien ihm entweder die kalte Nachtluft anzugreifen oder die bekannte Kognatmarke mit den Sternen spukt in seinem Kopf. Als der Wirt den unruhigen Gast hat, doch endlich mal in den „Rahn“ zu steigen, wurde er ungemütlich, zog das Messer und hielt es damit den Rücken des Hotelbesizers. Auf der vorderen Körperhälfte wurde nur das Jackett an zwei Stellen durchlöchert. Dem schnell herbeigezogenen Schutzmänn ertörte er, daß ein anderer den Stuhl gemacht haben müßte. Das war nicht gut möglich, denn St. war der einzige Gast im Hotel. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis, oder falls das Gericht auf Geldstrafe erkennen sollte, mindestens 300 Mark. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Die Handlungsweise desselben sei unverständlich, er habe sich am Wirtschafte ruhig benommen und mache auch jetzt einen ruhigen Eindruck. Es sei sehr wohl möglich, daß ihn nach den vielen Getränken eine Halluzination plätzlich erfaßt habe, was auch daraus zu schließen sein könnte, daß er davon gestaselt habe, ein Weiß habe ihn um 450 Mark betrogen. — Ein Monat Gefängnis erhielt ein Arbeiter M., der sich bei einem Hauptlehrer ein Paar Schuhe für dessen Sohn geben ließ, die er ihm nach Wölln bringen sollte. Das beruhte natürlich auf Schwindel.

**Ein Opfer des Eises** wäre heute vormittag gegen 11 Uhr beinahe der Gärtner Mann geworden, der in der Nähe vom Strohhafen das Eis der Wakenig überschreiten wollte. In der Mitte der Wakenig angekommen, brach das dünne Eis und M. verank in den kalten Fluten. Glücklicherweise gelang es einem schnell herbeigekommenen Fischer und der Feuerwehr, den Verunglückten noch zu retten.

**pb. Eigentumsvergehen.** In der Nacht zum 19. dieses Monats ist ein im Hausflur eines Hauses der Beckergrube aufgestellter Scheimer ohne Defekt verschwunden und vermuthlich gestohlen worden. — Am Sonntag, dem 23. dieses Monats, ist in einem heiligen Automaten-Restaurant ein Golddouble-Pincenez mit sog. perlichten Gläsern verlehenslich auf einem Tische liegen geblieben und alsdann von einer Frau vermuthlich mitgenommen worden.

**pb. Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein in Dissa tätiger Metzger, welcher im Dezember v. J. in Hungersdorf einen Anzug gestohlen hat. — Zwei russische Arbeiter, welche angeblich in Fackenburg wohnhaft sein wollen, wurden festgenommen, weil sie bei einem Krämer in der Deponau zwei Seiten Speck gestohlen hatten. — Ein stellungslöser, hier wohnhafter Handlungsgehilfe aus Marne, der in Bäckereiteilen sehr bekannt ist, wurde wegen Betruges festgenommen.

**pb. Schwindler an der Arbeit.** Am Donnerstag, dem 20. d. M., in in mehreren hiesigen Drogen-Detailgeschäften ein Schwindler im Alter von etwa 25 Jahren aufgetreten, der eine Flasche „Zwol-Haarplee“ zu kaufen wünschte, woher er mit ziemlichem Scharfsinn annehmen mußte, daß dieses Mittel in den betreffenden Geschäften nicht geführt wird. Er wußte dann den Geschäftsinhaber zu bestimmen, für ihn einige Flaschen dieses Mittels aus einer hiesigen Droghandlung in gros zu besorgen und sie an eine von ihm angegebene Adresse abzuliefern, die aber in jedem Falle sinistert war. Sehr wahrscheinlich handelt es sich um einen Rekruten des Fabrikanten dieses an sich ziemlich wertvollen Mittels, der auf diese unlautere Art Propaganda macht und schließlich die Provision noch obendrein einsteckt. Es wird vor diesem Schwindler gewarnt.

**pb. Fahrraddiebstähle.** Vor einem Hause der Schiffstraße ist am 22. d. M. nachmittags zwischen 3 und 7 Uhr ein Fahrrad ohne Marke mit der Firma „Bentzen, Fackenburg Allee“, schwarzer Gestell, ebentolchen Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 15 637 abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. — Am Nachmittage des 24. d. M. gegen 5 Uhr ist ein vor einem Hause der Sandtrave aufgestelltes Fahrrad „Marke Brennabor“ gestohlen worden. Das Rad hat hohen Rahmenbau, schwarze Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse. Die Erkennungsnummer ist 16 443. Die Handgriffe des Rades sind sehr abgenutzt. — Am 24. d. M. gegen 9 Uhr abends ist vor einer an der Marktlage belegenen Wurstschopf ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14581 gestohlen worden. In der Sattelkassette befinden sich eine Luftpumpe aus Meining und 3 Fahrradschlüssel. Sie ist mit einem Bindfaden zugebunden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Es sei mit dieser Notiz noch einmal auf die hiesige Erbauung des

Schaupiel „Frau Fattas Untrene“ von Otto Anthes, die heute stattfindet, und auf die beiden Gastspiele von Frau Marie Watsch-Fonass vom Stadttheater in Brinn (früher Lübeck) in der „Waltüre“ am Donnerstag und in „Figaros Hochzeit“ am Freitag hingewiesen. Am Mittwoch werden wieder die unverwundlichen „Bummelstudenten“ gegeben.

**Sania-Theater.** Man schreibt uns: In der heute stattfindenden Jubiläumsvorstellung „Rund um die Welt“ hat die Direktion des Saniatheaters eine Einlage verpflichtet, die eine besondere Selbsterhöhung sein dürfte. Die „Eugen Troupe“, ausgezeichnete Akrobaten, ist für die letzten drei Tage noch verpflichtet worden, jedoch Dienstag, Mittwoch und Donnerstag bei der Abschiedsvorstellung die Truppe auftritt. Es sollte niemand versäumen, sich diese Attraktion anzusehen.

**Schwartz-Neusefeld.** Versammlung. Am Mittwoch, dem 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, halten die Sozialdemokratischen Frauen Schwartz-Neusefelds ihre Mitglieder-Versammlung im Gasthof Transvaal ab. Die Tagesordnung ist diesmal eine sehr wichtige; es ist unter anderem ein Vortrag über die proletarische Frauenbewegung vorgesehen, so daß wohl auf einen Besuch aller Genossinnen zu rechnen ist.

**Kateau.** Volksversammlungen. Am letzten Sonntag nachmittag fand in Bantsdorf eine Volksversammlung statt. Sie war nur mäßig besucht. Frauen waren leider keine anwesend; sie zogen es vor, lieber Klubbvereine zu besuchen, als zur Versammlung zu gehen, ein Zeichen, daß hier noch ein weites Feld zu bearbeiten ist. Das Referat lag in den Händen der Genossin Schlomer-Lübeck. Ihre vorzüglichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Abends fand in Kateau ein Volksversammlungen statt, die sehr gut besucht war, auch waren viele Frauen anwesend. Genossin Schlomer legte in 1 1/2 stündiger Rede klar, daß der Zweck der Versammlung sei, dafür einzutreten, daß auch die Frauen das Wahlrecht zu allen Wahlen erhalten. Gerade die Frau spielt heute im wirtschaftlichen Leben eine wichtige Rolle; sie hat sehr unter der herrschenden Teuerung zu leiden und muß deshalb auch ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Der Vorsitzende, Genosse Weißthal-Kateau, forderte zum Schluß noch auf, rege Propaganda zu machen, damit neue Mitglieder der Partei, neue Leser dem „Lübecker Volksboten“ zugeführt werden. Nach einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Die Leiche im Koffer. In einem auf dem Hofe des Hauses Marthastrasse 54 stehenden Koffer fand man gestern die Leiche eines ermordeten jungen Mädchens auf. Sonntag abend entdeckte der Wize des Hauses beim Lichtanzünden auf einem Treppenaufgang einen verschlossenen Koffer. In der Annahme, es könne Diebesgut sein, schaffte er ihn mit Hilfe eines anderen Mannes auf den Hofplatz. Als Montag mittag ein Wachsmeister auf dem Grundstück erschien, um in einer anderen Sache Recherchen anzustellen, machte man ihm Mitteilung von dem Fund, und der Beamte öffnete den Koffer mit einem seiner eigenen Schlüssel. Grausig war der Anblick. Es lag darin die Leiche eines jungen Mädchens in hockender Stellung, mit aufgelöstem Haar und Schaum vor dem Mund. Zu ihren Füßen lag ein Muff und ein auf den Namen Martha Bidel lautendes Notizbuch sowie eine mit dem gleichen Namen beschriebene Lohndüte, angefangene Stidereien und eine Puderdose. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um die Leiche der 21jährigen Verkäuferin Martha Bidel aus der Michaelisstraße Nr. 106 handelt und daß nicht Mord, sondern Vergehen gegen § 219 des St. G. B. vorliegt. Bei Ablieferung des Koffers mit der Leiche ins Hafentränkenhaus entdeckte man an der unteren Seite des Koffers einen Transportzettel Hamburg-Charlottenburg aus dem Jahre 1912 mit der Firma eines Hamburger Spediteurs. Auf dem Kontor der Firma fand man noch ein Duplikat des Frachtscheins, durch den man den Absender als einen gewissen Masur ermittelte. Die weiteren Recherchen, die auch in Altona angestellt wurden, lenkte dann die Aufmerksamkeit auf eine Firma Bode & Masur in der Marthastrasse Nr. 54. Inhaber der Firma sind eine Frau Bode und ein Krankenpfleger namens Masur, die beide im Besitz von Gewerbebescheinigungen für Krankenbehandlungen sind. Außerdem wette noch in der „Almit“ die Schwester des Masur mit ihrem sieben Tage alten Kinde. Alle drei wurden, trotzdem sie hartnäckig leugnen, mit der Martha Bidel in Beziehungen gestanden zu haben, verhaftet und das Kind dem Hafentränkenhaus überwiesen. In dem Bureau fand man verschiedene auf die Behandlung kranker Frauen bezügliche Bücher und Medikamente, auch Schwefelsäure vor. Festgestellt wurde, daß die Bidel durch Behandlung mit Schwefelsäure gestorben ist. Masur leugnet zwar nicht, daß der betreffende Koffer sein Eigentum ist, doch müsse er ihm vom Boden gestohlen worden sein.

**Hadersleben.** Das Reichsgerichtsurteil in der Turnische. Am Donnerstag kam vor dem 3. Strafsenat die Turnische zur Verhandlung, die zu dem von uns schon wiedergegebenen unglücklichen Plenarbeschluss der vereinigten Strafsenate Anlass gegeben hatte. Uns wird über die Verhandlung geschrieben: Der Bahnarzt Jonathan Smith in Hadersleben hatte öffentlich dazu aufgefordert, diese Auslegungen der Kabinetsorder von 1894 durch das Kultusministerium nicht zu beachten. Nach mehrfachen Vorproben vor Landes- und Reichsgericht hat ihn das Landgericht Flensburg am 6. Februar 1911 freigesprochen. Die Revision des Staatsanwalts kam am 21. Dezember 1911 vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Dieser beschloß, den vereinigten Strafsenaten folgende Frage vorzulegen: Gehören zur Jugend außer den schulpflichtigen Kindern und den Schülern höherer Lehranstalten auch solche nicht mehr schulpflichtige Personen, die nach dem regelmäßigen Laufe der Dinge eine höhere oder niedere Schule besuchen würden, ihr aber aus irgendwelchen Gründen ferngehalten werden, bei denen also der Schulunterricht ganz oder teilweise durch Privatunterricht ersetzt oder ergänzt wird? Nachdem die vereinigten Strafsenate diese Frage bejaht hatten, kam die Sache wieder vor dem 3. Strafsenat zur Verhandlung. Gemäß dem Urteile des Reichsgerichts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Sobald der Wortlaut des Reichsgerichtsurteils vorliegt, werden wir auf die Sache zurückkommen.

**Bremen.** Tendenzprozess gegen den Lehrer Sonnemann. Am Montag, morgens 9 Uhr, begann in Bremen der Disziplinarprozess gegen den Lehrer Sonnemann, der unter dem Schriftsteller-Namen Jürgen Brand auch in weiteren Arbeitstexten außerhalb Bremens bekannt ist. Sonnemann hat, worauf schon früher hingewiesen, in Rhein- und Westfalen in einigen Versammlungen der freien Jugendbewegung Vorträge gehalten. Damit soll er nach den Deduktionen der Anklagebehörde sozialdemokratische Propaganda betrieben haben. Irgend ein Denunziant fand sich, der den Ankläger bei der bremischen Schulbehörde machte. Und da man in Bremen von jeher gern abguckte, wie man in Preußen nationalpatriotisch rassisterte und spuckte, wurde daraufhin Sonne-

mann im April 1912 sofort seines Postens enthoben unter Entziehung der Hälfte seines Gehaltes und das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Zehn Monate dauerte die Voruntersuchung; der Aufbau der Anklage muß somit auch der Disziplinarbehörde nicht leicht gefallen sein, denn es soll doch nach Möglichkeit verhußt werden, daß es sich um einen nackten Tendenzprozess handelt, und das ist im vorliegenden Falle auch für den feinsten und phantasiebegabtesten Staatsanwalt nicht eine so leichte Aufgabe. Die Verhandlung begann Montag morgen 9 Uhr unter großem Andrang des Publikums. Der Staatsanwalt hatte sich in seiner Anklageschrift, die zur Verlesung kam, große Mühe gegeben, den Angeklagten zu belasten. Außer durch die im Rheinlande vor der proletarischen Jugend gehaltenen Reden soll danach der Angeklagte unter dem Namen Jürgen Brand in der „Arbeiterjugend“ durch Artikel sozialdemokratische Agitation betrieben haben. Erschwerend wird auch herangezogen, daß Sonnemann in einer Bremer sozialdemokratischen Disziplinarversammlung einen Vortrag gehalten hat über das Thema: „Wie die Schule ist.“ Er habe dadurch, daß er sich „für die sozialdemokratische Bewegung agitatorisch einsetzte“, gegen die Bestimmungen des § 28 des bremischen Beamtengesetzes verstoßen, der verlangt, daß sich der Beamte durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, würdig zu zeigen hat. Durch seine „sozialdemokratische Agitation“ soll sich Sonnemann dieser Achtung nicht „würdig“ erwiesen haben. Und das wird der Staatsanwalt durch Amtsentsetzung bekräftigen wollen. In dem Prozesse wird also mit einem Worte die Frage wieder einmal entschieden werden, ob ein bremischer Beamter sozialdemokratische Gesinnung äußern darf. Wiewies man bisher in Bremen in der Bürgerschaft und in der sozialdemokratischen Presse auf die bisherigen Lehrermaßregelungen in Bremen, so wurde von bürgerlicher Seite stets betont, diese Maßregelungen richteten sich nicht gegen die politische Überzeugung der betreffenden Beamten. Nach dem Prozeß Sonnemann wird es diesen bürgerlichen Heuchlern nicht mehr möglich sein, den Tatbestand verbunkeln zu können. Das Urteil lautet auf Dienstentlassung und halbe Pension für ein Jahr. — Schwere Unfall. Gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr ist auf dem Real hinter den Schlachthöfen ein Dampfbagger umgestürzt und hat drei Arbeiter unter sich begraben. Während einer von ihnen mit leichten Verletzungen davonkam, sind die beiden anderen Arbeiter unter dem Bagger noch begraben und konnten bis zum Abend nicht befreit werden. Es besteht keine Hoffnung, sie lebend vorzufinden.

**Arbeiter, Parteigenossen!**  
**Erwerbt**  
**das lübeckische Bürgerrecht!**

**Standesamtliche Nachrichten**  
vom 16. bis 22. Februar 1913.

- Geburten.**
- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
- 10. Februar. Hausdiener H. W. R. Karck, Krempeledorf.
  - 13. Arbeiter H. S. J. Barck, Galtwitz G. J. S. Bahr.
  - 14. Maler K. A. L. Stender, Koffschlächter H. P. L. Wibow.
  - 15. Zigarrenarbeiter J. M. A. Bries, Lokomotivpuffer H. C. Wulf, Arbeiter J. W. Lorenzen, Baunternehmer H. J. Chr. Benit.
  - 16. Wachsmeister G. S. C. Philipp, Buchhalter H. F. C. Chr. Böttcher, Arbeiter H. G. J. Alth.
  - 17. Versicherungs-Inspektor J. F. S. Gerdtz, Weinarbeiter G. W. P. Harnack, Arbeiter Chr. W. F. B. Waack.
  - 18. Zimmermann H. C. Chr. S. Kruse, Arbeiter G. F. Böhlenhauer, Verhöhrungsbeamter A. J. W. Wagenführ.
  - 19. Kutcher G. L. F. Harloff, Arbeiter F. L. C. Sdenson, Steinbrucker A. R. D. Strümpel.
  - 20. Arbeiter F. F. Chr. Bremer, Bierfahrer C. F. Person, Schmied K. A. S. Stein.
  - 21. Handlungsgeselle M. S. A. Fischer.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
- 8. Februar. Arbeiter W. C. F. Schulz, 9. Mieter R. J. P. Burmeister, Ober-Telegraphen-Assistent H. A. Eyer.
  - 11. Bäcker M. S. Chr. Engel, 12. Uhrmacher S. Henze, 14. Mieter B. W. E. Gale, Maschinenkloffer H. F. Jhnt, 15. Schlosser W. M. Kypdel, Elektrotechniker H. F. Th. Rten.
  - 16. Arbeiter J. S. S. Spethmann, Schlosser A. S. Chr. G. F. Anberlon, Schlosser H. J. F. Sterley, Kunstgärtner G. F. S. Reinhardt, 17. Klempner F. W. Kober, Maler F. A. L. Diebich, Geizer W. S. F. Wede, 18. Monteur W. Chr. F. Beth, Arbeiter F. W. A. Hopp, Arbeiter W. M. J. Wulf, 20. Schmied H. F. W. Wegner, 21. Tapezierer A. R. Marquardt, Arbeiter M. L. W. Rege, 21. Schlosser G. J. F. Daje.

- Angeordnete Aufgebote.**
- Februar: 17. Arbeiter H. F. R. Qualmann in Rensfeld und A. M. Rind in Groß-Parin, Kaufmann E. W. L. Hädel in Erwit und M. C. D. Frede, Wachsmeister K. F. F. Glaser in Hamburg und F. A. S. Sippel in Swinemünde, Lehrer G. F. S. Kopper und A. P. D. genannt C. Duante, Dekorateur C. Friedigkeit in Hamburg und G. S. A. R. Stender, Arbeiter G. R. F. Kapensuß in Altona und D. S. W. Albrecht, Baker J. R. Chr. Lohz in Bremen und G. M. Feddern, Diplom-Ingenieur F. W. Schacht in Ludwigschafen am Rhein und A. G. R. Behrens, Rivoltingenieur G. A. Wedholm und A. M. W. Teienhß, beide in Stockholm, Fischer J. R. Chr. Soler und M. C. M. Bruse, beide in Gotmund, Lehrer G. P. A. Meyer in Stensund und M. C. G. Chr. S. Schep, Arbeiter G. Chr. R. Raben und M. M. A. F. Jhnt, 18. Arbeiter H. W. L. Schwarz und H. F. W. Padmann, Hülshobolit Sergeant J. P. S. G. Riedt und M. R. Chr. D. Simon, Gärtner P. J. W. Chr. G. Godendorf und M. S. F. Gager, Postillon F. S. J. Schulte und G. R. W. J. Gustafson in Neuhoß bei Vant in Mecklenburg, Zimmergehilfe K. F. Schölermann in Neuenkirchen und M. W. D. Jessen, Seemann M. Lorenz und G. A. M. Frant, Schmied G. S. W. Schmidt in Ragsburg und A. M. A. Rood in Ragsb., Arbeiter K. F. A. Radke und M. Krause, beide in Ballenstedt, 19. Betriebsingenieur F. R. Zimmermann und G. Seidel in Chemnitz, Stationswärter G. F. A. Dittig in Glunde und G. W. R. Schröder, Kaufmann R. Volkmann in Mannheim und G. J. Perofsch, Wandlungsgeselle A. G. L. Lindloff und G. Spöck, Arbeiter H. J. D. Ahlgrimm und die gedruckene K. M. S. Krüger geb. Delater, Oberlehrer G. S. G. Bault und A. Lindenberg, A. Schlachtegehilfe G. S. F. Diebenow und W. G. B. Wiedemann, Eisenbahnarbeiter J. Chr.

- H. Kleinfeldt in Hamburg und die gesch. W. J. W. Eitck geb. W. S. Geschäftsverwalter H. S. R. Sandhof und F. M. Litzsch, beide in Berlin, 21. Maurergeselle F. R. A. B. Eitck und F. S. W. Freese in Goldkamp, 22. Kaufmann G. M. Lehr und G. M. S. Schottky, beide in Leipzig, Zimmermann H. A. W. Neckel in Travemünde und A. E. M. Well in Groß-Schwandee, Kaufmann K. C. Kontro in Hellingfors und G. M. M. Ziegler, Apotheker A. L. Gauls in Neumünster und J. D. S. G. Petersen, Kaufmann J. M. Hinrichsen in Ahrenberg und A. R. R. W. Burmeister genannt Lajser, Schlossergeselle O. R. F. Seemann und M. S. M. Holz, Fluschküffer K. S. F. Fehling und M. C. M. Specht.

- Eheschließungen.**
17. Februar. Maurergeselle O. J. P. Delfse und A. B. M. Schneidemind, 18. Landmann F. S. Osbahr in Schlesdorf und M. Böge in Bassade, 19. Kaufmann A. F. C. Sauermann und G. M. L. Wunderlich, 21. Handlungsgeselle K. F. S. D. Burmeister und M. M. D. Hardtop, 22. Lagerarbeiter F. C. J. W. Matthoff und M. M. M. Brandt, Metallknopfaber F. C. F. Delmann und M. C. J. Stämmler, Arbeiter K. G. S. Brandenburg und A. Klein, Arbeiter J. W. S. Schulz und F. S. M. Schlichting, Tapezier G. S. G. Eck und Witwe A. S. M. Arnold geb. Alexmann, Maschinist J. A. W. Schjering und die Witwe M. D. S. Eck geb. Delfstampf.

- Sterbefälle.**
14. Februar. Ein totes Mädchen, B. Pierdeknecht J. F. D. Dender (Mösking), 15. M. C. G. geb. Steffen, Ehefrau des Lehrers F. A. Jensen, 45 J., 16. B. P. Grundig, 2 J., B. G. W. A. Lipinski, 3 Mt., K. A. C. Köllow, 6 J., früherer Forstarbeiter H. D. Timm, 89 J., S. F. F. W. Dahl, 2 Mt., D. F. W. Wulf, 4 Mt., M. M. S. Mündt, 26 J., 17. G. W. D. Gienke, 2 J., M. M. geb. Rathje, Witwe des Landmanns S. P. M. Lübke, 63 J., G. R. A. Pöllau, 22 J., 18. Tischlergehilfe F. S. H. Jantens, 74 J., 19. O. geb. Wagener, Ehefrau des Monteurs A. F. W. Schmidt, 37 J., Bureaugehilfe F. C. R. C. Duve, 24 J., 20. C. S. Stein, 1 1/2 Stunden, Kaufmann G. Behrens, 84 J., Arbeiter M. G. Chr. Schoppenhauer, 49 J. (Krempeledorf), G. P. A. Schalkow, 13 J., R. Perlon, 10 Mt., Steuermann F. Knopf, 40 J. (Breitenhagen), 21. G. A. J. Chr. J. geb. Frohriep, Ehefrau des Arbeiters Chr. W. F. B. Waack, 25 J., A. G. R. Schmitt, 5 Mt., L. S. D. Hainebala, 8 Mt., Maurer J. S. D. Zieh, 64 J., S. J. M. geb. Jürgens, Witwe des Schneidemeisters F. S. F. Göbner, 74 J., 22. G. S. J. D. Bahß, 1 Mt.

**Sprechsaal.**  
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Zur Brückenfrage über den Stadtgraben. (Puppenbrücke.)**  
Ich habe mir die Brückenfrage gestern angesehen und möchte eine einfachere Lösung dieser Frage vorschlagen: Man untermauere von Grund auf in einer hinreichend breiten Schicht an beiden Seiten den Brückenbogen quer zum Wasserlauf, der dadurch nach Nord und Süd abgeschlossen würde. Es sind aber in diesen Mauern genügend weite Öffnungen zu lassen, damit zur Spülung des Stadtgrabens derartig weite Röhren hindurchzuführen, daß möglichst ein Boot sie passieren kann. Dann braucht nur bei der Legung dieser Röhren der Zwischenraum bis zur Decke durch eine feste Masse aufgefüllt zu werden, damit die Brücke für unbegrenzte Zeiten dauernd haltbar wird. Sachverständige werden die Ausführbarkeit sowie die Kosten berechnen, als Laie würde ich sie nicht auf 1/4 der jetzt veranschlagten schätzen. Die Zufuhren zur Gasanstalt und den anderen Fabriken an der Moiskinger Allee hätte von der Obertrave per Wasser unter der Wallbrücke hindurch zu erfolgen, welcher Weg wohl schon jetzt benutzt wird. Derselbe ist für die „Inneren Häfen“ der nähere und für den „Äußeren Hafen“ nicht unadequater.  
Nach diesem Vorstoß können ja andere bessere folgen von Fachleuten.  
C. S. K.

**Literarisches.**

**Wolfgang Helmut Piefke** ist der Titel eines neuen Romans aus der Feder unseres früheren Genossen Dr. Franz Lütgenau, der im Verlage von Julius Pittmann, Stuttgart, erschienen ist. Es handelt sich um einen Erziehungsroman, in dem der Werdegang eines jungen begabten Menschen geschildert wird, der das Gymnasium besucht, was dem Vater, einem originellen Buchbindermeister, sehr schwer wird. Die Sorge wird aber aufgehoben, weil der Aelteste immer primus omnium ist. Ganz wider Erwarten fällt dann der Bengel in Prima durch. Noch dazu als einziger von allen und in dem Augenblick, wo er für eine Preisarbeit, die wertvolles Material zur Schafeparensforschung bringt, von einer Universität den ersten Preis von 500 Mark erhält. In seiner Frühreise hat Wolfgang Helmut trotz seines plebejischen Namens Piefke die Schwächen des heutigen Schulwesens (der Verfasser ist bekanntlich Schulfachmann) und die Unzulänglichkeit des Intellektualismus erkannt und sich selbst eine ästhetische Weltanschauung gezimmet, die freilich auch bei ihm in die Brüche geht. Leider kommt er mit Mädchen und Weibern zusammen. Durch die Verhältnisse und andere Personen — z. B. einen Feuilleton-Redakteur — gelobten, wird Wolfgang Helmut nach seinem Durchfall Schauspieler. Allerdings trotz seiner neuen Hamletdarstellung wird er kein Erfolg für kaum seine Frau — einer Berufskollegin — die ihre ganze Laufbahn für den Geliebten opfert, hat er es schließlich zu tunken, daß er ein Durchschnittsmensch geworden ist. Ein künstlerischer Vorzug des Romans ist, daß der Schluß eine unechte Tragödie ist. Im übrigen ragt das neue Buch Dr. Lütgenaus hoch über das Durchschnitts-Gebiet unserer Romanliteratur hinaus. Es ist kein leichter Unterhaltungsroman, wenn auch der Verfasser einen sonnigen Humor über die ganze Arbeit gebreitet hat. Das Milieu der Schule, des Theaters, der Presse ist überraschend glücklich wiedergegeben, jedoch dieses Werkchen ein Kunstwerk ersten Ranges zu nennen ist und wahrlich ein starkes Interesse verdient.  
wd.

**„In Freien Stunden“.** Eine Wochenchrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Gegenwärtig gelangt zum Abdruck: Aus Sturmeszeit. Ein außerordentlich fesselnder Roman. Illustriert von Elke Schütz-Säur. Das Fraulein von Scudery. Eine interessante Erzählung von C. F. Hoffmann. Außerdem bringt jedes Heft kurze Abhandlungen populärwissenschaftlichen Inhalts, interessantes aus verschiedenen Wissensgebieten und eine humoristische Gede. Trotz des vielseitigen Inhalts kostet „In Freien Stunden“ nur 10 Pfg. pro Heft. Bestellungen nehmen alle Zeitungsanstalten, die Partei, Kolporteurs und Buchhandlungen entgegen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwnt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 24. Februar.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 20 Minuten eröffnet. Dr. Görk ersucht die Erklärung des Geschäftsvorstandes resp. die nachträgliche Gesamtstimmabstimmung über die Vorlage des Senats, die Nachbewilligung des Stadttheaters betr. absehen zu dürfen. Erst in der nächsten Sitzung soll darüber beraten werden.

Senator Dr. Fehling verliest ein längeres Senatsdekret über die Nachbewilligung zum Stadttheater. Danach hat der Senat beschlossen, den Beschlüssen der Bürgerschaft beizutreten. In den Schlussworten wird hervorgehoben, daß ein Widerspruch mit der Verfassung durch die Abstimmung nicht vorliegt. Die Gesamtstimmabstimmung hätte am 17. Februar erfolgen müssen. Da dies nicht geschehen, habe die Bürgerschaft die Vorlage gutgeheißen.

Dr. Wiktorn ersucht, als ersten Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung die zweite Lesung zu sehen und erinnert daran, daß diese Unstimmigkeit nicht hervorgetreten wäre, wenn wir diese hätten. Die Herren der Linken hätten sehr gut aufgepaßt und erklärt, daß die Vorlage noch nicht verabschiedet gewesen sei. Der Senat habe es nun mit seiner Zustimmung eilig gehabt. Er sei aber statt auf ein Brett auf ein Loch getreten, denn die Vorlage sei noch nicht angenommen worden. Es habe dabei geplumpft, wie es immer in solchen Fällen plumpft. Bei der Beratung über die Abstimmungsfrage müßten aber auch die Senatskommissionen anwesend sein.

Nach einer Anfrage, ob wieder auf die Tagesordnung die Gesamtstimmabstimmung über die Theatervorlage gesetzt wird, erklärt

Dr. Görk: Ich werde die Tagesordnung so fassen, wie ich es als Vorsitzender für richtig halte.

1. Antrag: Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für das Staatsarchiv.

Hauptlehrer Reimpell: Seit Jahren brauchen wir drei Viertel unseres Einkommens zur Verzinsung unserer Schulden, da ist es nicht angängig, jetzt wieder eine Viertelmillion zu dem Gebäude herzugeben. Das vorgesehene Gebäude stört auch den Gesamteindruck des Stadtbildes.

Senatskommissar Dr. Kreyshmar sucht die Bedenken des Vorredners in bezug auf das Gebäude selbst zu zerstreuen. Eine Trennung des Archivs in zwei Teile wäre mit großen Nachteilen verbunden.

Dr. Benda pflichtet bei der Sparungsfrage Reimpell bei, hält das neue Archivgebäude aber doch für notwendig. Einwendungen gegen das Projekt als solches seien nicht gemacht. Seit 20 Jahren sei der Neubau verschoben worden, die Verhältnisse hätten sich während dieser stets zumungunsten des Archivs verändert. Es fehle nicht nur an Platz, sondern die Feuergefährlichkeit erheische auch dringende Abhilfe. Billiger lasse sich ein Neubau nicht herstellen.

Dr. v. Brocken sieht in der Vorlage auch eine Unterstützung des daniederliegenden Baugewerbes. Die Ausgaben käme den Finanzen wie in den Mitbürgern wieder zugute.

Hauptlehrer Reimpell bemängelt wieder die Baumeise und erklärt, daß die ästhetischen Bedenken die finanziellen überwiegen. Die Bauten der letzten Dezennien mahnten zu äußerster Vorsicht, es erinnere nur an das Museumsgebäude, das den früheren schönen Eindruck verwischt habe. Genau so liege es mit den großen Häusern beim alten Divo. Der emliche schöne Anblick von Markt herüber sei vollständig zerstört.

Senatskommissar Dr. Kreyshmar verteidigt die Vorlage wiederholt, die Älten lägen jetzt schon auf der Erde herum und bekämen stets neuen Zuwachs. Die mangelnden Büroräume verhinderten sogar, die notwendigen Ordnungsarbeiten auszuführen. Den Besuchern könne man kaum einen Platz anweisen. Wegen den früheren Entwurf habe man 50 000 Mk. gestrichen, nur um endlich zu dem Neubau zu kommen. Im allgemeinen sei es zu bedauern, daß über

die Notwendigkeit eines Archivs so große Unkenntnis herrsche. Es sei eine Verwaltungsbehörde wie jede andere, ein Glied in der Kette aller andern. Die vornehmste Aufgabe bestehe in beratender und begutachtender Hinsicht bei Senat, Behörden und Privaten. Neben der historisch-wissenschaftlichen Tätigkeit habe das Archiv schon manch Gutes geschaffen, er erinnere nur an den Prozeß mit Medlenburg über den Daffomer See und die Oberhoheit über die Trave. Welch wichtige Rolle damals unser Archiv bei dem Prozeß gespielt habe, könne man kaum in Worten ausdrücken. Man solle einmal Hamburg damit vergleichen, das 1842 bei einem Brande den größten Teil des Archivs verloren habe. In eine ganz unglückliche Lage sei Hamburg dadurch geraten. Wir verlanaten eine Verwaltungsreform, wenn diese richtig durchgeführt werden soll, dann sei erste Bedingung die Errichtung eines neuen Archivs, damit die Realisierung der Akten zeitgemäß erfolge und bei den Behörden die alten Akten abgelassen werden können.

Buchwald kann sich durch die schönen Ausführungen des Senatskommissars nicht bestechen lassen. Früher habe man nur einen kleinen Anbau gefordert, aber die Forderungen seien immer größer geworden. Der einzige Grund bilde nur die Feuergefährlichkeit, die könne durch Ankauf des Nachbargrundstückes gemildert werden. Redner empfiehlt Kommissionsberatung.

Senatskommissar Dr. Kreyshmar widerlegt diese Ausführungen. Durch die Erwerbung des Nachbargrundstückes werde die Feuergefährlichkeit nicht aus der Welt geschafft.

Böbs wünscht Kommissionsberatung. Um den Neubau komme man nicht herum. Man müsse auch den 9. Antrag unterer Tagesordnung beachten, der den Ankauf eines Grundstücks in der Königstraße betreffe. Erst habe man für das Archiv trockene Luft verlangt, vielleicht würden die Akten an dem vorgesehenen Platz nach Heringen riechen. Der Vorschlag Vipperts in einer der letzten Sitzungen, die vorhandenen Plätze zu prüfen, sei hier wieder erwägenswert.

Dr. Hartwig unterstützt den Senatskommissar Kreyshmar. Der mangelnde Arbeitsraum sei ganz empfindlich bemerkbar. Das Archiv habe unter dem bekannten Sprichwort zu leiden: Wat de Bur nicht kennt. . . Abhilfe sei dringend notwendig.

Albers wünscht nur das Allernotwendigste bewilligt, dazu gehöre das Archiv nicht. Man solle mal die bevorstehende Wupperrückenvorlage bedenken.

Dr. Eschenburg ist gegenwärtiger Ansicht. Ästhetische Fragen kämen gar nicht in Betracht, jeder habe da eine andere Anschauung. Die dauernden Ausgaben von 7000 Mark dürften uns nicht abhalten, das Archiv zu bauen.

Legtmeier (Moisting) tritt für die Vorlage ein und schreit Böbs unter allgemeiner Heiterkeit zu: Sie haben die Klugheit im Bauch auch nicht gebadet.

Kommissionsberatung wird angenommen.

2. Antrag: Bau einer Waffenmeisterwerkstatt und Erweiterung der Unteroffiziers-Speiseanstalt bei der Marli-Kaserne, wird debattellos genehmigt.

3. Antrag: Deckung der Kosten der im Sommer 1912 durch Hagelschlag verursachten Schäden. Wird angenommen.

Der Senat wünscht jetzt die Warenhaussteuer erledigt.

Aug. Bape wendet sich dagegen. Wozu werden die Tagesordnungen mitgeteilt, wenn sie nicht der Rede nach erledigt werden sollen.

Vorsitzender: Wenn Widerspruch erhoben wird, ist es richtiger, der Reihe nach zu verfahren.

Die Abstimmung darüber entscheidet: Es soll die Tagesordnung nach der vorgesehenen Reihenfolge erledigt werden.

4. Antrag: Änderung des Bedauungsplans für die Vorstadt St. Lorenz-Nord.

Aug. Bape stellt die Frage auf, ob es nicht richtiger wäre, den Segeberger Bahnhof an den Hauptbahnhof anzuschließen. Da sich doch alles verschoben habe, könnte man dies noch einmal erwägen. Platz sei genügend vorhanden.

Senator Dr. Stoß: Man könne der Verlage zustimmen, ohne sich dadurch zu binden.

Schetelig erkundigt sich nach der Bewegung zur St. Lorenz-Brücke.

Senator Dr. Stoß: Das Projekt ist bereits aufgearbeitet und steht dem Vorredner zur Einsicht zur Verfügung.

Henk (Miltzsch) fragt, ob durch den Bau der Viehmarkthalle der Segeberger Bahnbau verschoben werde.

Dr. Görk: Davon ist keine Rede. Nur formale Fragen stehen noch aus.

Der Antrag wird angenommen.

5. Antrag: Erneuerung der Mühlenbrücke. Wird angenommen.

6. Antrag: Neuordnung der Siebbaustasse. v. Schack: Es handelt sich um einschneidende Änderungen. Die Grundeigentümer sollen um etwa 100 Prozent der Abgaben gesteigert werden. Bedauerlich ist es nur, daß diese Generation die Kosten aufbringen muß für die vergangene, wo die Lasten noch nicht so groß waren. Aber die 950 000 Mk. Defizit in der Staatskasse müssen irgendwoher gedeckt werden. Weitere 1 350 000 Mk. stehen in nächster Zeit bevor.

Böbs bedauert, daß im § 13 mit dem Senat keine Einigung erzielt wurde. Die größeren Grundstücke, die an nichtanbaufähigen Straßen liegen, werden ebenso hart getroffen wie die Grundstücke, denen die Siebbaue in erster Linie zugute kommen.

Senator Dr. Stoß: Wenn dem Kommissionsbeschlusse zugestimmt wird, schafft man auf der entgegengesetzten Seite dieselbe Ungleichheit, die man auf der andern bemängelt.

Der Kommissionsantrag, der nur für Neubau die erhöhte Abgabe vorsieht, wird mit der Gesamtvorlage angenommen.

8. Antrag: Erlass eines Gesetzes betreffend die Erhebung einer Neupflasterungsabgabe.

v. Schack: Die neue Vorlage hat, entsprechend den Wünschen der Bürgerschaft, die Umänderungen in der Hauptsache erfahren, die verlangt wurden. Eine große Ungerechtigkeit liegt in der Heranziehung der Hauseigentümer bei der Neupflasterung. Was haben aber die Hauseigentümer z. B. von der Asphaltierung der Straßenstücke von der Fleischhauerstraße bis zur Johannisstraße. Das vorhandene Pflaster entspricht doch ihrem Wunsche vollkommen, und doch sollen sie, ohne mehr Miets zu erhalten, zu den Kosten beitragen.

Die Pflastersteuer betrug früher 100 000 Mk., an Grundsteuer werden 95 000 Mk. entrichtet. Dazu kommen noch 120 000 Mark Veräußerungssteuer und 320 000 Mk. Veräußerungsabgabe, die so ungerecht ist wie nur möglich. Redner stellt einen Zusatzantrag, nach dem von der Abgabe befreit ist, wenn die Straße vor Annahme des Gesetzes sich in ordentlichem Zustande befindet.

Neuener tritt für die verlangte Abgabe bei Straßen, die in gutem Zustande sind und ohne Willen und Nutzen der Hauseigentümer eine Neuordnung erfahren.

Senator Dr. Stoß: Der Antrag v. Schack ist von großer Tragweite; nachdem die Abgabe auf 4 vom Tausend ermäßigt wurde, ist ein weiterer Ausfall nicht zu tragen. Es handelt sich um 70 Straßen und würde einen Ausfall von 420 000 Mk. ausmachen. (Zuruf: In 40 Jahren!)

Böbs wünscht, daß die Allgemeinheit die Kosten für die Neupflasterung auch trägt, wenn sie eine solche abnutzt. Diese Vorlage sei eine richtige Sondersteuer. Man soll deshalb die Steuer nicht länger ausdehnen als notwendig ist und den Antrag v. Schack annehmen.

Senator Dr. Stoß: Wenn ein Käufer im Kauf auch die Pflasterungsabgabe mitbezahlt hat, wird er zu den Kosten nicht mehr herangezogen.

## Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nun,“ empfing ihn Herr Schumann, der mit den Händen in den Taschen dasaß, „vielleicht sind Sie jetzt so gut, mir zu erklären, was das alles bedeutet.“

„Sie sind letzte Nacht hier gewesen,“ fing Herr Wilkens an, „Sie und der Käppen.“

„Das weiß ich,“ verjette Schumann. „Aber warum ging ich nicht nach Hause? Ich hatte keine Ahnung, daß es eine Einladung für die ganze Nacht war. Wo ist aber mein Vater?“

Der Steward schüttelte hilflos den Kopf. „Er war hier, als ich vergangene Nacht ausging,“ sprach er langsam, „und als ich zurückkam, war das Zimmer leer und mir wurde gesagt, er sei oben in meinem Bett.“

„Ihnen wurde gesagt, er sei in Ihrem Bett?“ wiederholte der andere. „Wer sagte Ihnen das?“

Herr Wilkens stockte der Atem. „Ich meine, ich sagte mir selber, daß er in meinem Bett sei,“ stammelte er, „weil ich, als ich hereinkam, dieses Bettzeug auf dem Fußboden liegen sah, und da dachte ich mir, der Käppen habe es wohl für mich dort hingelegt und hätte sich selbst in mein Bett gelegt.“

Herr Schumann betrachtete den Hausen Bettzeug, als ob er hoffte, dasselbe würde ein wenig Licht auf die Sache werfen; dann sah er mit einem verwirrten Blick auf Herrn Wilkens.

„Weshalb dachten Sie, daß mein Vater Ihr Bett gebrauchen sollte?“ fragte er.

„Das weiß ich nicht,“ war die Antwort. „Ich dachte, vielleicht könnte er etwas mehr getrunken haben, als ihm gut täte. Aber es ist mir alles unklar. Ich bin noch verwundeter als Sie.“

„Na, ich kann nicht Hand noch Fuß daraus machen,“ meinte Schumann, erhob sich und schritt durch das Zimmer. „Ich kam hierher, um meinen Vater zu treffen. Soweit ich erinnere, nahm ich einen Schlaf Rognat — von Ihrem Rognat — zu mir, dann wachte ich in Ihrem Schlafzimmer auf mit rasendem Kopfweh und einer Zunge wie ein Stück Leder. Können Sie mir das erklären?“

Wieder schüttelte Herr Wilkens den Kopf. „Ich war nicht hier,“ erklärte er, seinen Mut zusammennehmend. „Warum gehen Sie nicht zu Ihrem Vater? Mir scheint, er ist derjenige, der wohl am meisten davon wissen wird.“

Herr Schumann überlegte eine Minute, dann ergriff er die Klinke der Tür, öffnete diese langsam und atmete die kühle Morgenluft ein. Ein feines und köstliches Aroma von Kaffee und Heringen, das von nachbarlichen Frühstückszimmern herüberkam, erfüllte das Zimmer und erinnerte ihn an seinen Appetit. Er wandte sich zum Gehen, hatte aber kaum die Stufen verlassen, als er Frau König und seine Schwester in die Allee einbiegen sah.

Auch Herr Wilkens erblickte sie und begab sich, noch um einen Schatten bleicher werdend, zur Tür. Käthe Schumann beschleunigte ihren Schritt, als sie die beiden sah und unterrichtete, nachdem sie überrascht ihren Bruder begrüßt hatte, denselben atemlos davon, daß man den Kapitän vermiße.

„Er ist die ganze Nacht nicht nach Hause gekommen,“ schluchzte Frau König hinzutretend. „Ich weiß nicht, was ich davon denken soll.“

Sie bildeten eine erregte kleine Gruppe vor der Tür des Stewards, und Herr Wilkens veranlaßte sie daher, da er das instinktive Gefühl hatte, daß die Sache besser weniger öffentlich besprochen würde, ins Haus zu treten. Er versuchte sich wegen des unordentlichen Aussehens des Zimmers zu entschuldigen, aber Max Schumann unterbrach ihn brüst und begann seine eigenen Abenteuer während der letzten wenigen Stunden zu erzählen.

Frau König hörte dieser Erzählung mit unerwarteter Ruhe zu. Sie kannte die Ursache für den Verdruß ihres Neffen. Es war das Glas Rognat, welches seine Wirkung auf seine nicht an Alkohol gewöhnten Nerven ausgeübt hatte. Sie gab ihrerseits eine lebhaft und rührende Erzählung der Wirkungen eines Glases feinen Groggs zum besten, den sie einst gegen eine Erklärung zu sich genommen hatte. Es war ihr ganz klar, daß der Kapitän seinen Sohn zu Bett gebracht hatte, es blieb nur noch übrig, nachzuforschen, wohin er selbst geraten war.

„Peter weiß etwas davon,“ sagte der Neffe düster, „da ist nicht alles in Ordnung.“

„Ich weiß nicht mehr, als ein neugeborenes Kind,“ erklärte Herr Wilkens. „Als ich den Käppen zuletzt sah, sah er an diesem Tisch Ihnen gegenüber.“

„Peter würde keiner Fälschung etwas zuleide tun,“ erklärte auch Fräulein Schumann mit einem freundlichen Blick auf ihren Vögeling.

„Na, wo ist denn der Alte?“ fragte ihr Bruder. „Warum kam er vergangene Nacht nicht nach Hause? Er ist doch früher nie ausgeblieben.“

„Doch ja,“ erwiderte Frau König und faltete die Hände in ihrem Schoß. „Als Ihr noch Kinder wart. Da kam er einmal am nächsten Morgen um halb zwölf nach Hause, und

als ich ihn fragte, wo er gewesen sei, biß er mir beinahe den Kopf ab. Ich war die ganze Nacht im Zimmer herumspaziert und ich werde niemals seine Bemerkung vergessen, als er dem Polizisten die Tür öffnete, der hergekommen war, um uns zu melden, daß man ihn nicht finden könne. Niemals!“

Ein gespenstisches Grinsen flog über Herrn Wilkens Gesicht, aber er strich sich mit dem Rücken der Hand über den Mund und wurde wieder ernst, als er an seine Lage dachte. Er tanzte beinahe vor Verlangen, zu Herrn Nathan Schmidt zu gehen und diesen um eine Erklärung der Vorfälle in der vergangenen Nacht zu bitten.

„Ich will fortgehen und mich einmal nach dem Käppen umsehen,“ bemerkte er eifrig. „Er kann doch nicht so weit weg sein.“

„Ich werde mitkommen,“ sagte Schumann. „Ich möchte ihn auch gern sprechen. Da sind ein paar Dinge, die aufgeklärt werden müssen. Käthe, Du bringst Tante nach Hause und ich komme Euch nach, sobald ich irgendwelche Nachrichten habe.“

Während er sprach, öffnete sich die Tür ein klein wenig, und ein Kopf erschien, aber nur, um sich beim Anblick so vieler Leute sofort wieder zurückzuziehen. Eilig schritt Herr Wilkens nach vorn, machte die Tür weit auf und enthüllte damit das interessante Gesicht des Herrn Nathan Schmidt.

„Wie geht es Ihnen, Herr Wilkens?“ fragte dieser Ehrenmann sanft. „Ich komme eben herum, um zu sehen, ob Sie zu Hause wären. Ich habe Ihnen eine Bestellung zu machen. Ich wüßte nicht, daß Sie Besuch hatten.“

Er trat ins Zimmer, klopfte dem Steward mit dem Finger vertraulich auf die Brust, zog ihn in eine Ecke, und nachdem er ihn dort hatte, gab er ihm mit einem Auge einen ausdrucksvollen Wink, während er mit dem andern ins Leere starrte.

„Ich dachte, Sie wären allein,“ begann er, sich umblühend, „aber vielleicht ist es ebenjogut so, wie es ist. Erfahren werden Sie es doch, also können Sie es ebenjogut jetzt, als später erfahren.“

„Was erfahren?“ fragte Max Schumann hastig. „Warum schneiden Sie sich ein Gesicht, Peter?“

Herr Wilkens murmelte etwas von einem hohlen Zahn, und ein dieser Mitteilung mehr Nachdruck zu geben, schnitt er eine Reihe von Grimassen, die seinem Gesicht große Schmerzen bereiteten.

„Sie sollten etwas gegen diesen Zahn tun,“ rief der Schlafas mit großer Besorgnis. „Was sagen Sie zu einem Glas Rognat?“

Neuner kritisiert die Ungerechtigkeit, von der einzelne durch die Vorlage betroffen werden. Er wünscht diese Ungerechtigkeit beseitigt. Die Vorstädte hätten den Vorteil gehabt.

v. Schaack: Die Straßenverschlechterung erfolgt meistens durch die Anlegung von Elektrizität, Gas und Wasser, und das geschieht für die Allgemeinheit. Ein gleiches Gesetz gibt es in ganz Deutschland nicht. Die kleine Erschließung für die Hausbesitzer kann der Staat tragen. Im allgemeinen hält das Kopftimpfalter 40 Jahre. Das macht etwa 7000 Mk. jährlich aus. Stellen Sie einen Oberlehrer weniger an, dann haben Sie es wieder heraus.

Dr. v. Brocken glaubt, daß der Antrag v. Schaack das Gesetz vereinfacht, das juristisch allerdings richtig sei. Senator Dr. Troost gibt dies zu, kann es jedoch nicht für schwierig halten, den Sinn des Gesetzes zu verstehen.

v. Schaack lehnt es ab im Namen des Grundbesitzes, Ungerechtigkeiten und Härten zuzulassen. Der Antrag v. Schaack wird angenommen. Hierauf wird der ganzen Vorlage zugestimmt.

9. Antrag: Bauabzugssteuer für Schlutup.

Hörs beantragt Kommissionsberatung. Herr Niemann aus Schlutup hatte verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Redner geht auf einzelne Punkte besonders ein. Zu prüfen sei die Baufluchtlinie, die früher 3 Meter betragen habe und jetzt auf 3 Meter festgesetzt ist.

Badde (Schlutup) kommt auf die zweijährige Beratung zu sprechen; daß behaute Grundstücke von der Baufluchtlinie nicht betroffen würden, ist berücksichtigt worden. In Schlutup wurde gestattet, daß Bau- und Straßenfluchtlinie zusammenfallen. Allerdings muß die 3/4 Meter Wegegrenze berücksichtigt werden. Die Schlutuper haben gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden. Vielleicht können dadurch Härten ausgeschaltet werden.

Neuner hält 3/4 Meter Baufluchtlinie nicht für genügend.

Die Vorlage wird einer Kommission überwiesen.

10. Antrag: Verkauf des Grundstückes Königstraße 19 durch den Staat.

Buchwald wünscht Kommissionsberatung.

v. Schaack: Wenn Kommissionsberatung nicht gestellt würde, hätte ich empfohlen, den Antrag glatt abzulehnen. Die Grundstücke der landwirtschaftlichen Zentrale, im Alten Schragen, der Parade, sie bringen alle Verluste. Alte Grundstücke auf Vorrat zu kaufen, ohne eine Verwendung dafür zu haben, sollte man in Zukunft unterlassen.

Hiele hält den Kaufpreis für zu hoch. Vor vier Wochen wurde das Grundstück einem Privaten 3000 Mark billiger angeboten, als heute der Staat zahlen soll.

Senator Eichenburg verteidigt die früheren staatlichen Käufe. Hätte man z. B. die alten Salzspeicher damals nicht gekauft, dann ständen dort vielleicht Geschäftshäuser, die bei dem Hohenbrückenprojekt für viele Hunderttausende zurückgekauft werden müßten.

Dr. Senda wünscht die Vorlage an eine besondere Kommission verwiesen. Das Archiv brauche mitten in der Stadt nicht erbaut zu werden, dazu sei der Grund zu teuer.

Aug. Pape möchte wissen, was uns das Haus eigentlich einbringe. Vom Preis könne ja auch noch abgehandelt werden. Vor allem müsse man eine gewisse Rentabilität nachweisen.

Der Antrag wird einer Kommission überwiesen.

11. Antrag: Errichtung einer Einnehmerstelle bei dem Salzsteueramt in Siems.

Rehberg tritt für den Antrag ein.

Der Antrag wird angenommen.

12. Antrag: Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit, Bereitstellung der Mittel.

Der Antrag wird angenommen.

13. Antrag: Einführung einer Warenhaussteuer.

Stellung wünscht zur Beratung dieses Antrages eine neue Sitzung. Auch von anderer Seite habe man gesagt, es sei unnötig, die Sache übers Rnie zu brechen.

Senator Dr. Fehling wünscht Beratung dieses Antrages.

Aug. Pape: Ebenso wichtig wie dieser Antrag ist derjenige über Artikel 46 der Verfassung. Beide Anträge sollte man in besonderer Sitzung erledigen.

Dr. Wittern wünscht dies ebenfalls.

Senator Dr. Fehling: Die Zahl der besonderen Sitzungen ist jetzt schon so groß, es hält schwer, noch mehr einzufügen.

v. Schaack glaubt nicht an eine lange Debatte. Viel Neues kommt nicht vor.

Dr. Jhde (als Referent der Kommission) gibt ein Referat über die Beratungen. Die Kommission habe von einer theoretischen Prüfung abgesehen und nur praktische Punkte angenommen. Sie ist der Auffassung des Senats, daß es sich nicht um eine Erbschafts- oder Prohibitivsteuer handle, sondern lediglich um eine Finanzsteuer, die an der bisherigen Entwicklung der bestehenden Warenhäuser nichts ändere. Nur für neu zu errichtende könne sie in Betracht kommen. Neue Steuern seien notwendig. Wenn man auch Gegner einer Sondersteuer sei, könne man doch zur Deckung der Finanzlücke an diese Frage herantreten. Es handle sich nicht um die Bekämpfung der Warenhäuser, es solle nur für die Verdrängung der kleinen Unternehmer durch die Warenhäuser ein Ausgleich geschaffen werden. Die Grundstücke sollen nach der Minderheit in der Nähe der Warenhäuser entwertet werden. Die Mehrheit ist gegenteiliger Meinung. Ferner sei zu bedenken, daß in den Warenhäusern auswärtige Kapitalien angelegt seien, deren Zinsen der Stadt nicht zugute kommen. Das alles rechtfertige die Sondersteuer allerdings nicht, denn sonst müßten alle Großbetriebe extra besteuert werden. Die Kommission sah in ihrer Mehrheit den Beschluß, die Steuer nicht zu empfehlen. Der Standpunkt war bei der Konsumvereinssteuer ein anderer. Hier verwandelte sich die Minderheit in eine Mehrheit. Der Konsumverein würde von den Steuern nicht so sehr betroffen. Allerdings müsse bei Ablehnung der Warenhaussteuer auch die Konsumvereinssteuer fallen.

Stellung: Wenn jemals eine Senatsvorlage in den weitesten Bevölkerungskreisen Unwillen hervorgerufen hat, dann ist es diese. Und wenn wir diese Sache objektiv beurteilen, finden wir, daß dieser Widerwillen gegen diese geplante Ausnahmesteuer durchaus berechtigt ist. Er ist um so größer, als er von einer Bevölkerungsschicht ausgeht, die man durch ein schädliches Wahlrecht unter einen Ausnahmezustand gestellt hat. Und jetzt kommt man noch mit dieser Steuer. Der Senat führt als hauptsächlichsten Grund die finanzielle Lage des Staates an. Schon vor zwei Jahren, als uns die Gewerbesteuer beschästigte, führte der Senat an, daß im Falle der Ablehnung einer Warenhaussteuer der Antrag wiederkehre, weil die Finanzen die Steuer dringend erheischten. Wenn mehr Einnahmen geschaffen werden sollen, dann müssen sie nach Meinung des Senats aus den Taschen derjenigen herausgeholt werden, die schon außerordentlich schwer belastet sind. Soweit Warenhäuser und Konsumvereine in Betracht kommen, handelt es sich hier um eine indirekte Steuer. In letzter Zeit sind wir in Lübeck gewohnt, daß manche Steuern der Bevölkerung indirekt aufgebahrt werden. Der Wasserpreis soll erhöht werden, der dann wieder auf die Mieter abgewälzt wird. So wird es auch mit der Warenhaussteuer geschehen. Wir haben vor Jahren schon darauf hingewiesen, daß durch eine gerechtere Einteilung der Einkommensteuer die Kreise zu treffen sind, die es tragen können. Wir werden in Lübeck trotz der Erbschaftsteuer nicht umhin können, zur Vermögenssteuer zu greifen, wie das schon bereits in anderen Staaten geschehen ist. Der Senat sagt allerdings, wir dürfen zu diesem Mittel nicht greifen, weil wir sonst Leute abstoßen würden, die kapitalfruchtig sind. Diese Politik dürfen wir nicht zugunsten einer kleinen Anzahl Leute treiben, die wirklich imstande ist, mit zu den Kosten beizutragen; mit einem Wort, die Rentnerpolitik dürfen wir nicht beibehalten. Wir tragen den weitesten Bevölkerungskreis nicht Rechnung, wenn wir sie mit der Warenhaussteuer belasten. Die Kommission, die sich mit der Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise beschäftigte, hat vorgeschlagen, der Warenhaussteuer näherzutreten. Wir ist bekannt, daß diese Kommission bei einer eventuellen Abstimmung in ihrer Mehrheit nicht für die Warenhaussteuer gewesen wäre. Selbst wenn aber die Mehrheit der Kommission den Standpunkt ihres Vorsitzenden v. Schaack teilte, dürfte man im Bericht nicht zu diesem Mittel greifen. Für die ermäßigten Gas- und Elektrizitätspreise sollen die Kreise bluten, die von der Ermäßigung gar keinen Vorteil haben, dann liegt die Ungerechtigkeit der Vorlage. Es wird hervorgehoben, die Steuer sei in den meisten deutschen Staaten eingeführt. Dem ist nicht so. Von 26 Staaten sollen nur 8 diese Steuer eingeführt haben; wenn das zutrifft, dann kann ich nicht verstehen, daß die Steuerbehörde behauptet, die Warenhaussteuer habe ihren Siegeslauf angetreten. Der Senat nennt hoffentlich diese Staaten, wo die Warenhaussteuer eingeführt ist. Man sagt, Lübeck ist ein kleiner Staat, er wird zum Teil von Preußen umrahmt und was in Preußen gemacht wird, kann auch in Lübeck geschehen. Mühen wir denn jede Dummheit mitzumachen, die Preußen begeht. Wir sind schon gerade genug verpreußt. Wir sind wohl zum Teil von preussischem Gebiet umgeben, aber es

kommt auch noch Hamburg in Betracht, wo die Warenhaussteuer nicht besteht. Aus volkswirtschaftlichen Gründen ist der Senat gegen die Warenhaussteuer und trotzdem beantragt er sie. In dem Bericht der Steuerbehörde wird mit einem nassen und einem trockenen Auge zugehört, daß nicht nur finanzpolitische Gründe maßgebend sind. Auf der einen Seite sagt man, daß nur finanzrechtliche Sorgen vorherrschen und auf der anderen schlägt man den schwieriger gewordenen Kampf der Detailisten vor, ergo muß die Warenhaussteuer eingeführt werden. Den Warenhäusern wird der billigere Einkauf vorgeworfen, der Nutzen der Straßenbahn usw. Wir sollten uns darüber freuen, denn wenn die Warenhäuser Nutzen haben, dann hat es die Straßenbahn auch durch vermehrten Verkehr. Was man hier ansieht, trifft auf alle Großbetriebe zu. Nicht nur Warenhäuser arbeiten rational, in allen Großbetrieben muß so gewirtschaftet werden. Deshalb trifft die Begründung der Warenhaussteuer auf alle Großbetriebe zu. Man wies allerdings darauf hin, daß dieser Vergleich hinkt. Die Großbetriebe seien Versandgeschäfte. Das sind auch die Warenhäuser. In der Breiten Straße sind auch Detailbetriebe, die mit allen möglichen Sachen handeln, diese Geschäfte werden von der Warenhaussteuer nicht betroffen. So z. B. Behn u. Co., der mit allem Möglichen handelt. Das ist auch gewissermaßen ein Warenhaus. Dagegen geht die Steuerbehörde nicht vor, weil sich die Detailisten noch nicht gegen die Spezialgeschäfte gewandt haben. Für den Senat sind also trotz aller schönen Redensarten über die Finanzgründe die Umstände der Mittelständler maßgebend. Die Art der Steuer als Umsatzsteuer ist unter keinen Umständen gerechtfertigt. Die Umsatzsteuer besteuert nicht die Leistungsfähigkeit. Sie ist die roheste Form der Steuer. Sie sollten sich darauf nicht einlassen, weil die Finanzwissenschaft einmütig die Umsatzsteuer ablehnt. Es kommt weiter in Betracht die Frage der Abwälzung. Viele glauben, die Firmen bezahlten die Steuer; sie wird abgewälzt, der Verlust wird gemacht. Es fragt sich also wer sie bezahlt. Zum Teil die Angestellten, vor allem aber wird man versuchen, die Steuer, die herausgeschunden werden soll, auf die Käufer abzuwälzen. Man sagt auch, die Warenhäuser schädigen die kleinen Händler. Soweit in Lübeck die Händlerzahl in Betracht kommt, wird man den Beweis dafür schuldig bleiben, daß sie zurückgegangen ist. Von allen Seiten wird anerkannt, daß die Warenhäuser Institute sind, die nicht unterdrückt werden dürfen. Sie stellen die modernste Form des Detailhandels dar. Es ist einmal nicht abzustreiten, daß die Warenhäuser handelsfördernd gewirkt haben. Das können selbst die Detailisten nicht abstreiten. Wir verwerfen die Steuer, weil sie unsozial, ungerecht, eine Ausnahmesteuer ist und die unteren Schichten des Volkes belastet. Nun soll sie auch Anwendung finden auf die Konsumvereine. Die Steuerbehörde hat sich die Begründung leicht gemacht, mit wenigen Sägen wird die Geschichte abgetan. Hier ist die Fabel vom Wolf und dem Lamm angebracht. Die Stellung des Senates zum Konsumverein muß vollkommen neutral sein, er muß alles ablehnen, was auf eine Unterdrückung des Konsumvereins hinausläuft, so erklärt der Senat. Im selben Atemzuge aber beantragte er eine Konsumvereinssteuer. Die Steuerbehörde redet hier von dem sozialdemokratischen Konsumverein. Man muß doch fragen, mit welchem Recht? Wie kommt die Steuerbehörde dazu? Kann sie den Beweis dafür erbringen? Wenn sie den Beweis hierfür erbringen kann, dann hätte sie schon lange Sorge tragen müssen, daß dem Konsumverein das Handwerk gelegt wird. Nach dem Genossenschaftsgesetz dürfen sich bekanntlich die Konsumvereine nicht mit Politik beschäftigen. Oder glauben die Herren, daß es im Konsumverein rote Heringe, Zucker und dergl. gibt? Zucker ist genau so weiß wie anderswo. Mit solchen Sachen sollte man also nicht operieren, so man doch wissen muß, daß der Konsumverein jeden aufnimmt. Man behauptet, die Stellung des Staates zum Konsumverein sei neutral und trotzdem kommt man mit dieser Ausnahmesteuer. Ich sagte, die Umsatzsteuer sei die roheste Form der Steuer. Dies trifft ganz besonders auf die Anwendung derselben auf die Konsumvereine zu. Sie müssen die Steuer bezahlen, gleichgültig, ob mit Verlust gearbeitet wird oder nicht. Ich mache demgegenüber darauf aufmerksam, daß Prof. Rehm (Strasbourg) schrieb, die Konsumvereine seien wirtschaftliche Betriebe wie jede Herberge, jedes Holzpl. Nicht Einkommenerzielung, sondern Einkommenerparung heiße der ihnen obliegende Zweck. Der Konsumverein liefert keinen Ertrag im steuerrechtlichen oder kaufmännischen Sinne. Diese Steuer wird den Verbrauchern auferlegt, Verbrauchsteuern sind aber indirekte Steuern. Die Dividende ist teils ein Rabatt, teils eine Rückvergütung und niemals ein Gewinn. Sie ist nichts anderes als eine Spareinlage. Wenn Sie sich heute zum gemein-

Er deutete auf die verhängnisvolle Flasche, die nach auf dem Tische stand; dem Steward kostete der Aem, dann aber zeigte er sich der Sache gewachsen und erwachte, daß er schon ein paar Gläser getrunken habe, daß sie ihm aber nicht geschmeckt hätten.

Wie lautet Ihre Bestellung? fragte Max Schumann ungeduldig.

Ich bin gerade dabei, sie zu machen, antwortete Herr Schmidt. Ich war schon früh heute morgen ausgegangen und iperiere etwas unten am Hafen entlang, um mir ein bißchen Appetit zum Frühstück zu holen; wenn anders sehe ich da auf mich gekommen, als Kapitän Schumann. Er sah aus, als ob er eben von einem Begräbnis käme. Ich wollte an ihm vorbeigehen, aber er hielt mich an und bat mich, eine Bestellung an seinen alten, getreuen Steward, Herrn Wilkens, zu übernehmen.

Wie ist er fortgegangen? rief Frau König aus.

Nur seinen alten, getreuen Steward, wiederholte Herr Schmidt und bedachte ihr, zu schweigen. Sagen Sie ihm, sprach er, daß ich mich von ganzem Herzen dessen schäme, was in der vergangenen Nacht vorgefallen ist. Sagen Sie ihm, daß ich, da der Kaiser für mein väterliches Herz zu groß war, die ganze Nacht in den Straßen herumgewandert bin; und jetzt kann ich keinen beherrschten Schlaf und meiner Familie noch nicht ins Gesicht sehen. Ich gehe nach Hamburg, bis der erste Sturm vorüber ist.

Wohin ist er denn los? fragte Schumann. Warum kommen Sie nicht zur Sache?

Sozial ist herumschwärmen konnte, erwiderte Herr Schmidt mit der wohlbedachten Sorgfalt eines Kapitäns, der ganze Anstand zu geben wünscht, hatten Kapitän Schumann und Herr Wilkens einen Heizen Plan entworfen, Sie an die Schuld zu bringen.

Ich unterbreche ihn bei unglückliche Steward. Aber erlauben Sie mal, sagte Schmidt.

Das waren des Kapitäns Worte, erklärte der Schlaflos, um einen sehr bedauerlichen Blick zu werfen, wollen Sie von dem, was der Kapitän sagt, etwas mitmachen oder ihn ignorieren?

Herr Wilkens trübte zusammen und versuchte, sich seine Lage auszumalen, wobei er die entrückten Blide der Familie Schumann vernahm.

Was denn, was der Kapitän zu mir sagte, jetzt Herr Schmidt hat, hat es den Anschein, als ob man etwas dagegen hat, daß Sie des alten — des Herrn Labels Tochter heiraten wollen, und so lassen er und Herr Wilkens die

Köpfe zusammen und entschlossen sich, Sie fortzuschaffen, und nachdem sie Ihnen etwas von dem Kognat gegeben hatten, dessen Geheimnis Herr Wilkens kennt —

Ich? unterbrach ihn der unglückliche Steward von neuem.

Das waren des Kapitäns Worte, sagte Herr Schmidt kühl. Nachdem Sie den also getrunken hatten, wollte man Sie in dem „Sturmvoegel“, der heute morgen in See gegangen ist, verhaften. Als der Kapitän indessen sah, wie es Sie übermannte, schmolz die Rinde um sein Herz, und statt Sie an Bord des Seglers zu bringen, nahm er Ihre Füße und Herr Wilkens sagte Ihnen Kopf, und so wurden Sie mit großer Mühe nach oben und zu Bett gebracht.

Sie slender Schuft, schrie der erstaunte Herr Schumann den zusammenstürzenden Steward an, Sie feilscher alter Galant — Sie — Sie — ich hab' nicht gedacht, daß Sie so etwas fertig bekämen.

Soweit ich ausfindig machen konnte, warf Herr Schmidt freundlich dazwischen, gehörte Herr Wilkens nur den erhaltenen Befehlen. Der Plan kamte vom Kapitän, und Herr Wilkens ist sehr lange mit ihm an Bord desselben Schiffes gewesen. Natürlich hätte er es nicht tun sollen, aber der Kapitän ist ein herrlicher Mann, und ich verstehe vollkommen, daß Herr Wilkens ihm gehörte, ich kann wohl sagen, ich hätte es selbst getan, wenn ich an seiner Stelle gewesen wäre — Herr Wilkens hat viel Gemüt, aber keinen Verstand.

Es ist ein Glück für Sie, Peter, daß Sie ein alter Mann sind, meinte Herr Schumann.

Das kann ich gar nicht von Ihnen glauben, Peter, sagte Fräulein Schumann. Ich kann es mir kaum von Ihnen denken, daß Sie so hinterlistig gewesen sein sollten. Und dabei haben wir Ihnen unser ganzes Leben lang vertraut!

Der unglückliche Steward wand sich unter der Straube ihres Blickes. Selbst wenn er volle Rechenhaft über die ganze Angelegenheit ablegte, machte das keine Position nicht besser. Er war es gewesen, der alle Vereinbarungen mit Herrn Schmidt getroffen hatte, und nachdem er diesem Ehrenmann einen entrückten Blick zugeworfen hatte, senkte er die Augen und verhielt sich schweigend.

Es ist etwas eigenartig, daß mein Vater Sie ins Vertrauen gezogen haben sollte, wandte sich Fräulein Schumann an den Schlaflos.

Das habe ich auch gerade gedacht, Fräulein, sagte der liebenswürdige Herr Schmidt. Aber ich denke mir, es war niemand anders da, und er wollte wohl gern seine Bestellung

machen lassen aus Furcht, Sie könnten sich seinetwegen an die Polizei wenden oder sonst sich hehrnehmen. Er möchte, daß die Sache verschwiegen bleibt, und seine letzten Worte, als er mich verließ, waren: Wenn diese Geschichte bekannt wird, werde ich nie zurückkommen. Sagen Sie ihnen, daß sie sie geheimhalten.

Ich glaube nicht, daß jemand damit wird herumprahlen wollen, schloß Max Schumann und erhob sich, wenn es nicht gerade Peter Wilkens ist. Kommt, Rache.

Fräulein Schumann folgte ihm gehorsam, machte nur an der Tür noch einmal Halt, um Herrn Wilkens einen letzten, aus Staunen und Vorwurf gemischten Blick zuzuwenden; dann waren sie draußen, und die Tür schloß sich hinter ihnen.

Na, das ist in Ordnung, sagte Herr Schmidt leichtsin. In Ordnung? brüllte der Steward. Warum haben Sie denn alles auf mich geschoben? Warum haben Sie denn nichts von Ihrem Anteil an der Sache gesagt?

Würde zu nichts gut gewesen sein, gab Herr Schmidt zurück, wäre auch für Sie nicht gut gewesen. Außerdem tat ich nur, was mir der Kapitän sagte.

Wann kommt er zurück? fragte der Steward.

Herr Schmidt suchte die Achseln. Kann's nicht sagen, erwiderte er. Er kann's wohl selbst auch nicht sagen. Unter uns gesagt, ich glaube, er ist mal ordentlich auf den Bummel gegangen.

Warum sagten Sie mir vergangene Nacht, daß der Kapitän oben sei? fragte der andere.

Sein eigener Befehl, wiederholte Herr Schmidt vernünftig. Fragen Sie ihn, nicht mich. Tatsächlich hat er die Nacht bei mir zugebracht und ging diesen Morgen fort.

Und wie ist es mit den hundert Mark? fragte Herr Wilkens feindselig. Sie haben sie jetzt doch nicht verdient.

Ich weiß, erwiderte Herr Schmidt betrübt, das ärgert mich am meisten! Das ist mir wie ein nagender Schmerz in der Seite. Glauben Sie, daß das Gewissensbiß sind? Ich habe es nie vorher gehabt. Oder glauben Sie, daß es von der Sorge kommt, daß ich die ganze Sache zu billig gemacht habe? Sie können sich's ja mal überlegen und mir später Bescheid sagen. Bis dahin —

Er schwenkte herzlich seine Hand gegen den Steward und ging. Herr Wilkens selbst warf sich in einen Stuhl, und ohne acht auf die Kälte und das trostlose Aussehen seines besten Zimmers zu geben, überließ er sich einem Anfall von Melancholie, der Herr Eduard Lampe grün vor Neid gemacht haben würde.

(Fortsetzung folgt.)

schafflichen Einkauf vereinigen, tun Sie es, um billiger einzukaufen. Sie wollen Vorteil haben, Ihr Vermögen nicht schädigen, sondern vermehren. Genau so liegt es beim Konsumverein. Sie wollen den Konsumverein hemmen, der nichts anderes ist als eine Organisation von Leuten, die zu den unteren Schichten gehören und die durch soziale und wirtschaftliche Verhältnisse gezwungen sind, sich zu vereinigen, um billige Lebensmittel einzukaufen. Jetzt in den Zeiten der Teuerung sollten Sie sich freuen, daß dieser Weg beschritten ist. Man empfindet den Arbeiter, die Politik aus dem Spiele zu lassen und den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Und jetzt, wo die Arbeiter diesen Weg wandeln, sind sie die "bösen Buben", die bestraft werden sollen. Der Konsumverein hat auch einen hohen Wert, durch ihn wird das verheerend wirkende Vorkriegsproblem beseitigt. Und preisregulierend in der Tat wirken überall die Konsumvereine. Nun will man die Leute durch die Umsatzzsteuer bestrafen. Schon in der Eingabe des Konsumvereins an die Bürgererschaft wird darauf hingewiesen, daß Einkommen unter 600 Mark steuerfrei sind, während eine Witwe oder Witwe, die der unter 600 Mark verdient und im Konsumverein kauft, Steuern bezahlen soll. Das ist doch nicht gerecht! Ich appelliere hier an Ihr Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie nicht noch diese Leute mit ihrem großen Einkommen einer Sondersteuer unterwerfen. Der Konsumverein zahlt bereits Steuern. Er entrichtete im vorigen Jahre an Einkommensteuer 1682,58 Mk., Gewerbesteuer ca. 2000 Mk. und wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte, dann muß er weitere 9041,47 Mk. bezahlen. Wenn Sie den Jahresbericht des Konsumvereins anschauen dann finden Sie, daß diese Steuern zusammen nahezu die Hälfte der 27 857 Mk. betragenden Ertrübrigung ausmachen. Und da mag man noch zu behaupten, die Steuer sei gerecht. Es wird auf die Detaillisten hingewiesen, die der Konsumverein verdrängt. Der schwere Stand der Detaillisten rührt aber nicht von der Konkurrenz des Konsumvereins her, sondern in den vielen Ladengründungen, hauptsächlich in der Lebensmittelbranche, die viel stärker als die Volksvermehrung zunahm. Eine Konsumvereinssteuer wird hierin keine Besserung bringen. Genau wie in anderen Städten wird auch hier der Versuch gemacht werden, der Steuer aus dem Wege zu gehen, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Sie liegt nicht im Interesse der Detailisten, diese werden mehr Schaden als Nutzen davon haben. Diese Auffassung trat schon in anderen Städten zutage. Bei der letzten Bürgerchaftswahl in Hamburg erklärten mehrere Bürgerliche, wenn sie gewußt hätten, daß die Steuer so wirken würde, hätten sie diese abgelehnt. Es ist dies eine späte Einsicht, hoffentlich kommt sie hier noch rechtzeitig. Die "Deutsche Handelsrundschau" ist wohl auch Herr v. Schack und andere bekannt, sie beschästigte sich kürzlich mit dem Referat eines Mittelständlers. Dieser Herr hat gesagt, die Auffassung, daß die Konsumvereine bekämpft werden müßten, sei durchaus verkehrt. Wenn wir von allem anderen absehen, muß doch gesagt werden, daß die Konsumvereine volkswirtschaftlich eine außerordentlich große Bedeutung haben. Der direkte Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten wird hier propagiert. Daß der Zwischenhandel verteuert wird, muß auch der Senat zugeben. Hier ist doch selbst der Zwischenhandel ausgeschaltet worden, um billiges Fleisch und billige Fische auf den Markt zu bringen. Ich habe noch nicht gehört, daß man hier Maßnahmen gegen diese Körperschaften plant. 1/2 Prozent des Umsatzes sollen versteuert werden d. h. bei 100 Mk. Einnahme sollen 75 Pf. Steuern bezahlt werden. Wer für 500 Mark im Konsumverein kauft, soll 3,75 Mk. von seiner Ertrübrigung von 20 Mk. an den Staat abgeben, bei 1000 Mk. 7,50 Mk. Das bedeutet nicht weniger als 25 Prozent Gewinnkonfiskation. Sie sind doch Gegner der Konfiskation. In ihrer Eingabe geben die Detailisten auch an, die Konsumvereine müßten getroffen werden, weil sie daran arbeiten, die Rückvergütung nicht an die Konsumenten zurückzuführen. Hierfür den Beweis zu erbringen, sind Sie nicht imstande. Einzelne geringe Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke wurden gemacht, weil die Mitglieder ein Interesse daran haben, die Sache zu fördern. Und diese Zuwendungen werden von allen getragen. Die Herren wollen vielleicht darauf hinauspielen, es würde eine bestimmte Partei unterstützt, aber auch dafür werden Sie den Beweis schuldig bleiben. Angehörige der ganzen Sachlage bitte ich Sie, die Steuer abzulehnen und zum Ausdruck zu bringen, daß Sie diese Ausnahmesteuer nicht wollen. Im Interesse aller Winderbeteiligten, im Interesse des Handels müssen Sie die Steuer ablehnen. Verdrängen Sie sich nicht am Volkswohl. (Vorb. Bericht b. d. Soz.)

Senator E. S. E. n. b. u. r. g.: Durch die Ausführungen Stellens ist nicht erwiesen, daß die Konsumvereine die Steuern nicht tragen können. Unsere Finanzverhältnisse sind schwer und erfordern Steuererhöhungen. Wir müssen für vermehrte Einnahmen sorgen. Wir sind im Rate der Meinung, daß wir ohne Warenhaussteuer nicht auskommen können. Lehnen Sie diese ab, kommen wir eben damit wieder. Sätten wir andere Quellen, würden wir auf beide Steuern verzichten. Jede Gefälligkeit gegen Warenhäuser und Konsumvereine liegt uns fern.

Behn: Was wir vor zwei Jahren geredet haben, können wir hier nicht wiederholen. Der Detailistenverein hat in der Eingabe sich der Objektivität befleißigt. Die Warenhaussteuer soll den Zugang weiterer Warenhäuser hindern. In Bundesstaaten, die keine Warenhaussteuer haben, haben die Städte sie als Kommunalsteuern eingeführt. Wichtiger als die Warenhaussteuer ist die Konsumvereinssteuer. Sie ist berechtigt, denn die Konsumvereine schädigen den Mittelstand und den kleinen Geschäftsmann. Ihr Umsatz stieg in wenig Jahren von 183 Millionen auf 355 Millionen. Im Interesse des Mittelstandes sind beide Steuern notwendig.

J. v. M. e. y. e. r. p. f. l. i. c. h. t. Stellung in jeder Beziehung bei. Im allgemeinen Interesse liege die Steuer nicht, sie begünstige nur den selbständigen Mittelstand, der nicht mehr derjenige wie vor 20 Jahren sei. Beamte und Angestellte bildeten jetzt den Mittelstand, und diese sind gerade die Hauptkäufer in den Warenhäusern, die wiederum die Steuer auf sie abwälzen. Es ist eine Sondersteuer. Wo soll das hinführen, wenn ein Staat hervortritt und irgend eine Gruppe von Großbetrieben besteuern will. Die Gewerbesteuer wurde mit dem Kanalbau begründet. Aus demselben Grunde könnte man auch einzelne Leute besteuern, die einen besonderen Vorteil aus dem Kanalbau haben. Die Warenhäuser üben eine gewisse Attraktion aus, die Fremden besuchen aber auch andere Geschäfte. Gerade dadurch, daß wir die Steuer nicht einführen, haben wir einen Vorteil andern Städten gegenüber. Durch diese Steuer werden hier auch andere Geschäfte berührt. So z. B. die Firma Pagels. Sie ist kein Unternehmen fremden Kapitals, und doch fällt sie unter das Gesetz. Der Jahresbericht der Berliner Spezialgeschäfte äußert sich in ungünstigem Sinne über die Warenhaussteuer. Die Spezialgeschäfte seien gezwungen, mehr Artikel zuzulegen, wenn sie leistungsfähig bleiben wollen. (Hört, hört!) Vom kaufmännischen Standpunkt aus ist die Vorlage nicht zu empfehlen. Ein gründlicher Ausbau der Einkommensteuer ist die einzige Regelung.

Senator S. E. S. e. n. b. u. r. g.: Die Warenhaussteuer drückt die Warenhäuser nicht, sie sei wesentlich milder aufgefaßt als in Preußen. Unsere Einkommensteuer sei auch in ganz Deutschland am demokratischsten aufgebaut.

Aug. P. a. p. e.: Es liegt keine Veranlassung vor, Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht als Muster heranzuziehen. Ich hoffe, daß sich heute alles, was sich liberal nennt,

von rechts und links gegen die Steuer ausspricht. Auch diejenigen, die nach dem Grundgesetz handeln wollen, keine Sondersteuer für Gewerbe, Handel und Industrie (Handabund), müssen sich aufpassen. Durch eine gründliche Verwaltungsreform kann manches gebessert werden. Es gibt Feinde der Warenhäuser, die sie dadurch fördern, daß sie ihnen ihre Häuser gern verkaufen, sich als Rentner zur Ruhe setzen und hinterher noch als Vorstandsmittglieder eine Eingabe gegen die Warenhäuser unterzeichnen. Will der Senat eine Steuer haben, dann mag er eine Vermögenssteuer einführen. Das ist besser, als nur einzelne belasten. Auch in Hamburg wird die Vermögenssteuer eingeführt. Zweck der Gesetzgebung ist nicht, nur die Großbetriebe zu unterstützen, und doch geschieht das zum Teil durch die Warenhaussteuer, die die Kleinen unterdrückt und den Großen zur Erweiterung hilft. In Preußen bedeutet die Warenhaussteuer eine Ermäßigung der Gewerbesteuer, bei uns soll diese Steuer nächstens noch erhöht werden. Die Handelsstamm hat sich ebenfalls gegen die Warenhaussteuer ausgesprochen.

Senator S. E. S. e. n. b. u. r. g. glaubt, daß die Kapitalsteuer vielleicht eher als gewünscht kommen werde.

Stellung: Herr Behn hat angezweifelt, daß der Konsumverein billigere Preise habe als die Detailisten. Das ist in der Tat der Fall. Im Konsumverein werden die Preise so billig wie möglich bemessen. Soweit Lübeck in Frage kommt, würde bei einem Vergleich mancher sagen, daß er das nicht geglaubt habe. Der Konsumverein hat nur den Zweck, durch Zusammenfassung der einzelnen billig einzukaufen und zu verkaufen. Da können die Detailisten nicht gegen an. Gerade in unserer nächsten Umgebung hat der Konsumverein preisregulierend gewirkt. Ich führe nur Schönberg, Dalsow und Travemünde an. In letzterem Orte waren die Preise im Vergleich mit Lübeck sehr hoch. Seit ein Konsumverein dort existiert, sind die Preise herabgegangen, ein Beweis dafür, daß der Kleinhandel imstande ist, billiger zu verkaufen. Herr Behn sagte weiter, dem Konsumverein seien ganze Organisationen beigetreten. Das ist nicht wahr. Die Mitglieder des Handabundes sind in diesem Fall doch verpflichtet, die Grundsätze des Programms ihrer Organisation einzuhalten. Vom Senatstische wird gesagt, die Finanzen sind schlecht. Aber warum belastet man jetzt wieder diejenigen, die direkt und indirekt schon genug belastet sind? Das kann doch nicht Ihre Ansicht sein. Wenn steuerliche Maßnahmen getroffen werden sollen, dann soll man diejenigen nicht verschonen, die die Lasten tragen können. Wer 10 000 Mark Einkommen hat, kann eher 100 Mark Steuern mehr zahlen als der mit 1000 Mark Einkommen drei Mark entbehren kann. Herr Aug. Pape hat schon darauf hingewiesen, wo gespart werden kann, vielleicht nimmt der Senat einmal ernstlich die Verwaltungsreform in die Hand. Dann kommt er vielleicht auch zur Überzeugung, daß es möglich sein wird, vier Senatoren zu sparen. Dann haben wir den Ertrag der heute vorgesehenen Steuer heraus und das Geschäft ist erledigt. (Zustimmung bei den Soz.)

Behn wendet sich gegen Jwan Meyers Ausführungen. Die Detailisten handelten durch ihre Eingabe nicht aus Scheu. Die Methode der Warenhäuser könne in andern Geschäften nicht nachgeahmt werden.

Stellung und 26 Bürgerchaftsmitglieder beantragen namentliche Abstimmung.

Die Vorlage wird mit 54 gegen 28 Stimmen abgelehnt. (Lebhaftes Bravo!)

14. Antrag: Ratifikation eines Zusatzvertrages zu der auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Abereinkunft. Wird debattelos genehmigt. Schluß 11 Uhr 25 Min.

### Aus der Partei.

Ein unbegreifliches Urteil. Der Urkundenfälschung beschuldigt wurde das sozialdemokratische Gemeinderats- und Schulvorstandsmitglied Genosse Wilhelm Lude in Neugersdorf i. S. Die gegnerische Presse hatte sich heretisch mehrfach die Angelegenheit zunutze gemacht, und sogar würde die Reichsverbandsmeute bald darüber hergefallen sein, wenn die Schwere des Vergehens dem Charakter entprochen hätte, den man ihm seitens des Gerichts gab. Man hatte die Angelegenheit nämlich vor die Strafkammer des Landgerichts Wauken verwiesen, wo sie nun zur Verhandlung stand. Inzwischen hatte die Amtshauptmannschaft Köbau, zu deren Bezirk Neugersdorf gehört, verfügt, daß Genosse Lude von sämtlichen Ehrenämtern für die Dauer des Strafverfahrens suspendiert werde. Die Angelegenheit bildete ein Nachspiel zu dem am 8. Dezember vorigen Jahres in Neugersdorf stattgefundenen Gemeinderatswahl. Gegen Ende des vorigen Jahres hatte auch das sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied, der Landwirt Otto Jachmann, aus dem Gemeinderat auszuscheiden. Dieser hat unsere Parteigenossen kurze Zeit vor der Wahl, von einer erneuten auf ihn fallenden Kandidatur aus Gesundheitsrücksichten absehen zu wollen. Unsere Genossen kamen dem auch nach, da Jachmann bereits 12 Jahre dem Gemeinderat angehörte, und stellten einen anderen auf. Da, fünf Tage vor der Wahl, wurde von bürgerlicher Seite für die Kandidatur Jachmann Propaganda gemacht. Da unsere Genossen befürchteten, daß dadurch Stimmerspaltung entstehen und den Gegnern der Sieg zuteil werden würde, beauftragten sie den Genossen Lude, mit Jachmann eine Erklärung zur Veröffentlichung in der Zeitung zu vereinbaren des Inhalts, daß Jachmann aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr gewählt zu werden wünsche, man solle dem an seiner Stelle Aufgestellten die Stimme geben. Davon wollte Jachmann aber nichts wissen, und als Lude ihm nahelegte, daß er sich als Parteigenosse der Majorität zu fügen hätte, da erklärte er sich schließlich zur Abgabe einer einfachen Erklärung bereit, er habe auch keine bestimmten Einwendungen gegen einen ihm vorgelegten Text. Und als dann Lude bei seinem Weggange dem Jachmann erklärte, daß er das Inserat nicht zu bezahlen brauche, er solle die Rechnung nur dem Kassierer übermitteln, da glaubte Lude, mit Jachmann einig gewesen zu sein. Da die Zeit drängte, schickte Lude das Inserat, mit der Unterschrift von Jachmann versehen, sofort dem bürgerlichen Blatt in Neugersdorf zu. Inzwischen fühlte sich aber Jachmann beunruhigt, und er teilte dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins in Neugersdorf brieflich mit, daß er unter keinen Umständen sich mit der Veröffentlichung einer Erklärung einverstanden erklären könnte. Von diesem Briefe konnte Lude erst nachmittags gegen 4 Uhr Kenntnis erhalten, um welche Zeit es zum Zurückziehen des Inserates zu spät war. Als Jachmann an demselben Abend nun die Erklärung in der Zeitung las, da ging er vor Berge in die Expedition des bürgerlichen Blattes, dessen Besizer sofort eine Erwiderung vom Stapel ließ und die Veröffentlichung der Erklärung als "sozialdemokratische Wahlmaße" usw. bezeichnete. Der Besizer der Zeitung zeigte außerdem die Sache der Staatsanwaltschaft an und bezweckte ein Untersuchungsverfahren gegen Lude wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Das erstere Delikt wurde bald ausrangiert, da eine Regelung über die Bezahlung des Inserates sofort vereinbart war. In der Verhandlung erklärte nun Jachmann, daß er mit der Veröffentlichung nicht einverstanden gewesen sei. Auf Befragen gab er aber zu, daß Lude möglicherweise eine andere Auffassung gewonnen haben könnte; es sei möglich, daß er sich nicht klar genug gegen Lude geäußert habe. Das Gericht erkannte

auf drei Tage Gefängnis. Es habe auf die milde Strafe erkannt, weil die persönlichen Beziehungen des Angeklagten zu Jachmann ihm die Meinung beibringen konnten, daß Jachmann vielleicht mit der Veröffentlichung einverstanden sei. Es sei aber klar gewesen, daß Jachmann nicht einverstanden war.

Ein Sozialdemokrat Mitglied des Magistrats von Frankfurt a. M. Frankfurt a. M. wird die erste preußische Stadt sein, die einen Sozialdemokraten in ihrem Magistrat hat. Bisher lehnten die beiden bürgerlichen Parteien in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen, stets die Wahl eines Sozialdemokraten in den Magistrat unter allerlei Vorwänden ab. Jetzt hat die Fortschrittliche Volkspartei sich auch in diesem Punkte, genau wie in der Wahl eines Sozialdemokraten zum Stellvertreter des Stadtverordnetenvorsetzers, wozu schon kürzlich ein Sozialdemokrat erklärt worden ist, eines besseren besonnen. Nach Besprechung in den Fraktionen hat der Magistratswahlaußschuß der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Plenum die Wahl des Genossen Benno Schmidt, Buchdruckermeister, zum unbesoldeten Mitglied des Magistrats zu empfehlen. An seiner Wahl im Plenum ist bei dem Stärkeverhältnis der Parteien nicht zu zweifeln. Sie soll am Dienstag erfolgen. Die national-liberalen Mitglieder des Wahlausschusses erklärten, daß ihre Parteigenossen bei der Wahl weiße Stimmzettel abgeben würden, was am Resultat nichts ändern kann. Da nach dem Frankfurter Gemeindeverfassungsgesetz nur der erste Bürgermeister vom König ernannt und der zweite dessen Bestätigung bedarf, die übrigen Magistratsmitglieder — im Gegensatz zu anderen preußischen Städten — aber weder der Bestätigung durch den König noch durch die Regierung bedürfen, so wird in der aller nächsten Zeit der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in den Frankfurter Magistrat und überhaupt in den Magistrat einer preußischen Stadt halten.

Nachläge vom Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Wegen der Behauptung, daß in den ersten Tagen des Streiks ein berittener Schutzmann auf einer Straße in Altenessen allen Passanten, die nicht schnell genug verschwinden konnten, einige Säbelhiebe verabreichte, war der Genosse Neumann als verantwortlicher Redakteur der Essener "Arbeiterzeitung" unter Anklage gestellt. Nach mehreren vergeblichen Terminen kam die Sache am Freitag zum Abschluß. Unter den 18 von der Staatsanwaltschaft geladenen Polizeibeamten höheren und niederen Grades, die zur angegebenen Zeit dort Dienst getan haben sollen, befand sich der Schuldige nicht, weshalb der Staatsanwalt den Wahrheitsbeweis als nicht geführt erachtete und eine Woche Gefängnis beantragte, obgleich zehn Zivilzeugen bekundeten, daß sie mißhandelt worden waren. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da der Wahrheitsbeweis geführt sei. Sensationell würde bei der Zeugenvernehmung die Aussage des Arbeitswilligen Müller. Der Zeuge, der sehr schlecht sieht, war gestolpert und hatte dabei einen Schutzmann gestoßen. Er erhielt darauf von dem Schutzmann noch einen Stoß ins Genick. Als Müller sich deshalb auf der Polizeiwache beschwerte, hat ihm ein diensttuender Beamter erklärt, daß er in diesem Falle ihm den Säbel in den Leib gerannt hätte.

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Die Verhandlungen wurden am Sonntag bis abends 8 Uhr fortgesetzt. In der Hauptsache nahmen von der Gehilfenseite die Bezirksleiter, von der Unternehmerseite die Gewarwerkenden das Wort zu den Entscheidungen der einzelnen Gutarifämter. Während die Gehilfenvertreter auf das Inzureichende und die verschiedenen Lücken in den Schiedsprüchen hinwiesen und klarlegten, weshalb diese den berechtigten Wünschen der Arbeiter im allgemeinen nicht entsprechen, erluchten die Unternehmervertreter um Reduzierung der zugesprochenen Lohnerhöhungen und Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit. Für den Gau 4 (Leipzig), wo bekanntlich die Verhandlungen gescheitert waren, wurde in eine Spezialberatung eingetreten, bei der die Unternehmervertreter geringe Angebote an Lohnerhöhung machten. Montag spät abends wollen die Unparteiischen die Schiedsprüche bekannt geben.

Lohnbewegung der Gemeindearbeiter in Berlin-Treptow. Die Gemeindearbeiter in Treptow fordern die 8stündige Arbeitszeit an Stelle der bisher 10- und 12stündigen, alle 14 Tage einen freien Sonntag, Wochenlöhne, Bezahlung der Ueberarbeit mit 25 Prozent, der Sonntags- und Nacharbeit mit 50 Prozent und der Feiertagsarbeit mit 100 Prozent, ferner die Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses. Die Arbeiter sind im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter und im Maschinen- und Heizerverbände organisiert.

Zum Streik in der Binnenschifffahrt. Die Schiffsahrtsunternehmungen versenden an die Kaufmannschaft Zirkulare, in denen sie mitteilen, daß wegen des Streiks sie nicht in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Kaufmannschaft wird um Unterstützung gebeten, da der Kampf im Interesse ihrer selbst geführt wird. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Hamburger Handelskammer das Vorgehen des Unternehmerverbandes unterstützt. Die Kaufleute werden ersucht, der Bahn die Güter zu überweisen und sie nicht solchen Schiffsunternehmern zur Beförderung zu überweisen, die die Forderungen der Mannschaften bewilligt haben. Einige Firmen wollen die Streikunkosten sofort eintreiben, sie teilen der Kaufmannschaft mit, daß sie gezwungen sind, einen Frachtzuschlag von 5 Pfg. pro 100 Kilogramm einzuführen. Aus allen Darlegungen geht hervor, daß die Wirkung des Streiks eine bedeutsame ist, und daß das Geschreibsel der bürgerlichen Presse, daß der Verkehr nur beschränkt verhindert sei, unrichtig ist. Die Mannschaften rühten sich auf einen längeren Streik ein, sie haben für die erste Woche auf Unterstützung verzichtet. Von den über 10 000 Streikenden ist bisher noch keiner abtrünnig geworden. Zu neuen Bedingungen fahren auf der Elbe ca. 300 Schiffe.

Streik der Seidenweber in Krefeld. Die Seidenweber verlangten von den Färbereibesitzern eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden und eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmer wollten den Arbeitern wohl in der Lohnfrage entgegenkommen, lehnten aber jede Verkürzung der Arbeitszeit ab. Und ohne diese Verkürzung der Arbeitszeit wollten sie den Tarif auf 3 1/2 Jahre abschließen. Dazu waren die Arbeiter natürlich nicht bereit. Sie kündigten am 21. ds. Mts. morgens und legten schon am Abend desselben Tages die Arbeit nieder, da nur eine eintägige Kündigungsfrist besteht. Für die Bewegung kommen 2652 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht, rund 2300 davon sind im Textilarbeiter-Verband organisiert.

### Kommunales.

Kommunale Kommissionen zur Regelung der Nahrungsmittelversorgung empfiehlt die badische Regierung. Sie hat den der Städteordnung unterstehenden badischen Städten folgende Anregung gegeben: Es sollten von den Städten ganz allgemein Kommissionen zur Regelung der Nahrungsmittelversorgung der Städte, insbesondere auch zur Regelung der Fleischversorgung ins Leben gerufen werden. Gerade die Erfahrungen der letzten Zeit lassen unseres Erachtens eine planmäßige und geregelte Nahrungsmittelversorgung der Städte

Die bisher gefehlt hat, als wünschenswert erscheinen. Durch Schaffung einer Einrichtung für eine solche Regelung würde es den Stadtverwaltungen wohl möglich werden, Einfluß auf die Preisbildung der wichtigsten Nahrungsmittel zu gewinnen.

## Soziales.

**Der Halle'sche Herzstreik abgeurteilt.** Die Halle'sche Ortsgruppe des Leipziger wirtschaftlichen Ärzteverbandes wollte im Jahre 1910 durch gemeinsame Kündigung, also einen Streik, die Orts- und Betriebskrankenkassen zur Anerkennung der freien Arztwahl zwingen. Die Ortskrankenkassen ließen aber durch ihren Verband eine Anzahl Ärzte anstellen und parierten so den Angriff. Da kam der als liberal fassbare bekannte Halle'sche Magistrat dem Leipziger Ärzteverband zur Hilfe, indem er die ärztliche Versorgung durch die angestellten Ärzte für unzureichend erklärte, die Kassen einzeln zu besserer Versorgung aufforderte, ihnen dazu aber keine Zeit ließ, sondern schon nach 14 Tagen kurzerhand mit dem Ärzteverband den von diesem gewünschten Vertrag auf Grund der freien Arztwahl für alle Halle'schen Kassen abschloß. Der für die Krankenkassen äußerst ungünstige Vertrag wurde von den Kassen inhaltlich angefochten und dem Magistrat wurde das Recht bestritten, daß er überhaupt einen solchen Vertrag schließen darf. Dieser letzteren Annahme ist nach zweijährigen Prozessen jetzt der Bezirksauschuß Merseburg beigetreten, soweit die Ortskrankenkassen in Frage kommen. Diese hatten ihren Krankenkassenverband die Arztbesorgung übertragen und nur an diesen durfte sich der Magistrat halten. Der von ihm für die einzelnen Ortskrankenkassen abgeschlossene Zwangsvertrag sei daher ungültig.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Militärjustiz.** Neben einer auffallenden Milde legt unsere Militärjustiz eine Strenge an den Tag, die oft Kopf-schütteln erregen muß. Besonders bezeichnend sind zwei Prozesse, die vor dem Dresdner Kriegsgericht zur Verhandlung gelangten, und in denen wegen Vapallien erorbitant harte Strafen ausgeworfen wurden. In der Dresdner Arbeiterabteilung war am Abend des 11. Februar nach dem Einrücken vom Arbeitsdienst Unterricht. Der als „Lehrer“ fungierende Unteroffizier hatte ein Rechen-exempel aufgestellt, daß der Arbeitsfeldat Lude lösen sollte. Er konnte aber die Aufgabe nicht lösen, worauf der Unteroffizier einige Bemerkungen machte, die für L. wenig schmeichelhaft waren. Aber auch ein anderer Arbeitsfeldat sollte die Aufgabe nicht lösen. Lude war der Meinung, der Unteroffizier habe ihn nur bloßstellen wollen und war darüber ärgerlich. In dieser Verfassung antwortete er auf mehrere Fragen nicht und als ihm der Feldwebel befahl, weiter am Unterricht teilzunehmen, antwortete Lude: „Ich gehe nicht, ich laß mich nicht veralbern!“ Er wurde arretiert und wegen Beharren im Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung und Achtungs-verletzung angeklagt. Selbst das Gericht erkannte an, daß der Fall „ganz eigenartig“ liegt, warf aber — sechs Wochen fünf Tage Gefängnis aus! — Ähnlich lagen die Dinge im zweiten Fall. Die Mannschaften des Artillerie-Regiments Nr. 23 hatten am 5. Februar Frühstall-dienst und mußten ihre Pferde pugen. Während des Dienstes kam der aufsichtsführende Unteroffizier in den Stand des Fahrers Jäppelt. Er hielt das eine Pferd nicht für genügend gereinigt und befahl dem Soldaten, das Pferd nochmals zu pugen. Jäppelt reagierte nicht gleich darauf, weil er das andere Pferd reinigte. Er hielt auch sein Pferd für sauber genug und sagte: „Sehen Sie sich doch die anderen Pferde an, die sind einen Dreißiger besser!“ Auch hier Beharren im Ungehorsam und Achtungsverletzung und Urteil — sechs Wochen drei Tage Gefängnis! — Vor dem Kriegsgericht Erfurt stand am Mittwoch der Hauptmann Hans Behrens von der 3. Kompanie 96. Infanterie-Regiments in Gera. Er wurde vor Verlesung des Anklagebegriffes wurde auf Antrag des Anklagevertreters die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das öffentlich verkündete Urteil lautete auf drei Tage Stubenarrest. Das Gericht hielt für erwiesen, daß der Angeklagte während des Dienstes mit dem Säbel den Helm des betreffenden Soldaten nur berührt, nicht aber scharf geschlagen hatte.

**Ein Kind von zwei Müttern.** Ein ulziger Kindesunter-suchungsprozeß, der allgemeine Heiterkeit auslöste, beschäftigte die Strafkammer in Halle a. S. Eine ehrjame, wohl-früherte Bürgerfrau wünschte vereint mit ihrem Gatten ein Kind. Obwohl sie schon 36 Jahre hinter sich hatte, streifte der Storch und brachte den erlebten Familienzuwachs nicht. Da setzte sich die Halle'sche Bürgerfrau hinter den Rücken ihres Gatten, der oft auf Reisen war, mit einer jungen Wirtschafterin in Leipzig, die Mutterfreunden verpörrte, in Verbindung und hat sie, das von ihr zu erwartende Kind ihr gleich nach der Geburt abzutreten. Die Halle'scherin wollte es als ihr eigenes Kind ausgeben, ihren Gatten da-durch zum Vater machen und sich wie ihm eine große Freude bereiten. Die Leipzigerin war damit einverstanden, gebar ein Knäblein und steckte es in das „Wochenbett“ der Halle'schen Bürgerfrau. Als der Gatte von einer Reise zurückkehrte, sah er, wie eine Hebamme „am Wochenbett seiner Frau“ tätig war, eine Mahnerin-Gefährtin leitete und war freudig bewegt über den nun endlich eingetretenen Familienzuwachs. Des Lebens ungewohnte Freude ward aber keinem Sterblichen zuteil. Gines Tages kam der genarrte Gatte dahinter, daß weder er noch seine Gattin den kleinen Stammhalter „verschuldet“ hatten. Dunkle Wolken zogen am Gehimmel auf und der Staatsanwalt mischte sich ein. Die richtige und un-rechte Mutter, die Hebamme und die hülferechte Mahnerin kamen wegen Kindesunterbrechung unter Anklage. Der be-mitleidenswerte Gatte sah auf der Zeugenbank und sagte nicht. Die Verhandlung war nicht öffentlich und hatte das Ergebnis, daß die beiden Mütter und die Mahnerin zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt wurden, mit dem Hinweis, sie hätten nicht aus weichen Worten gehandelt, da die Frau ihrem Gatten einen Liebesdienst und die beiden andern An-geklagten der Frau durch Verschaffen des Kindes einen Anstandsdienst erwiesen wollten. Die Hebamme habe sich aber nicht mehr wahr gemacht und sei deshalb zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden.

**Ein Pfleger als Eitelwetter.** Der Oberleutnant Ludwig Schick hatte sich während der Zeit, als er am Kü-scher-Kolonnenlager als Erzieher tätig war, an zahl-reichen minderjährigen Mädchen schwer in pörrlicher Beziehung vergangen. Das Kriegsgericht der 1. Division verurteilte ihn deshalb zu zwei Jahren acht Monaten Ge-fängnis, einem Jahr Ehrverlust und zur Entfernung aus dem Heere. Gegen dieses Urteil erging Schick die Berufung. Das Kriegsgericht ermöglichte die Strafe auf zwei Jahre Gefängnis, im übrigen blieb es bei den ursprünglichen Bestrafungen.

**Der große Prozeß gegen die Pariser Automobilräuber** wird seit dem 3. Februar vor dem Pariser Schwurgericht ver-handelt. Angeklagt sind 21 Personen, einschließlich drei Frauen. Von ihnen sind besonders schwer belastet die Mit-glieder der Bande namens Carouy, Dieudonne, Rodriguey, Monier, genannt Symenthoff, Metzge und Deitwiller, die nach und nach festgenommen wurden und die, wie sich nach ihrer Verhaftung herausstellte, alle Mitglieder ein und derselben wohlorganisierten Bande waren, deren Verbindungen sich über das ganze Land verzweigten. Von der Bande fehlt nur noch Gorodewsky, den man bis jetzt noch nicht hat fassen können. Die lange Reihe ihrer Verbrechen beginnt am 27. Dezember 1911 mit dem Ueberfall eines Kassenboten der Societe Generale. Dieser wurde am helllichten Tage auf be-lebter Straße in Paris niedergeschossen und seiner Geldtasche mit über 23 000 Franken beraubt, wonach die Räuber sich in ein bereitstehendes Automobil schlangen und die Herzueilen-den durch Revolvergeschüsse in der nötigen Entfernung haltend, entkamen. Nachdem sie durch die Plünderung einer Waffen-handlung ihre moderne Verbrecherausstattung vervollständigt hatten, überfielen und töteten Carouy und Metzge in Thiais einen Rentner und ein Dienstmädchen. Bis nach Belgien sogar dehnten die Banditen ihre Untaten aus. Bei dem Ver-such, sich zu ihren ferneren Raubzügen noch ein zweites Auto-mobil zu verschaffen, wurde am 23. Januar 1912 in Gent der Doktor Vernieuwe überfallen und ein herbeigekehrter Po-lizist von den Räubern erschossen. Kurz darauf brachen zwei Mitglieder der Bande in das Bahnhofsgebäude von Aubrais ein. Hierbei wurde ein Gendarm getötet. Einer der Ban-diten, namens Renard, wurde hierbei nach verzweifelterm Kampfe festgenommen, während sich der andere, namens Bri-tanique, durch einen wohlgezielten Schuß selbst entleibte. Am 27. Februar vorigen Jahres stahl die Bande abermals ein Automobil und fuhr tollkühn und unerkannt nach Paris hin-ein. Sie kamen damit gegen 8 Uhr abends auf dem Plage du Haure an, wo sie ein Polizist wegen zu schnellen Fahrens anhalten wollte. Sie glaubten sich erkannt, schossen ihn auf der Stelle nieder, und es gelang ihnen, in der entscheidenden allgemeinen Verwirrung mit rasender Schnelligkeit in ihrem Wagen zu entkommen. Um ihre Spur zu verfolgen, über-ließen sie den Wagen auf freier Straße seinem Schicksal. Er-laubt hierfür verschafften sie sich am 25. März in Montgeron, wo sie in aller Frühe im Walde ein des Weges dahinschreitendes ganz neues Automobil überfielen, den Führer niederschossen und seinen Begleiter schwer verletzten. In demselben Wagen fuhr sie sofort nach Chantilly, wo sie um 10 Uhr vormittags vor dem Bureau der Societe Generale halt machten. Sie drangen hier ein, töteten den Kassierer und einen Beamten durch Revolvergeschüsse, verletzten einen anderen schwer, bemäch-tigten sich einer Summe von über 47 000 Franken und ver-schwanden. Den Versuch der Verfolgung wehrten sie mit ihren Revolvern und Karabinern ab. Am 24. April sah sich die Polizei auf der Suche nach Siementhoff plötzlich auch dem berüchtigten Führer der Bande, Bonnot, gegenüber. Er schoß den Polizeidirektor Jouin nieder, verwundete einen In-spektor schwer und entkam. Am 25. April unternahmen sie in Nogere einen Mordanschlag auf einen gewissen Granghaut, um die Festnahme ihres Genossen Carouy zu rächen. Am 28. April endlich gelang es der Polizei, Bonnot in Choisy le Roi bei dem Anarchistenführer Dubois zu stellen. Es begann eine förmliche Belagerung des Geföhtes, das schließlich mit Dyna-mit gesprengt wurde. Dubois war bereits zu Beginn des Kampfes von einem Gendarmen erschossen worden, während Bonnot in dem Hause bis zum letzten Augenblick verzweifelt weiterkämpfte, bis auch er, von mehreren Kugeln durchbohrt, zusammenbrach. Am 1. Mai führten sie abermals einen Raub-akt in Nancy aus, indem sie einen gewissen Blanchet nieder-schoß, der der Polizei verlässliche Mitteilungen gemacht hatte. Dann gelang es schließlich, die beiden andern HAUPT-linge, Ganier und Ballet, in Nogent sur Marne zu umzingeln. Auch hier fand eine regelrechte Belagerung durch das Militär statt. Das Haus wurde teilweise mit Dynamit gesprengt und beide Verbrecher fielen unter den Kugeln der Belagerer. Hier-mit endete die lange Reihe ihrer berüchtigten Raubzüge, von denen vorstehend die hauptsächlichsten angeführt sind. Unter den Angeklagten sind sieben des Mordes angeklagt, die die Todesstrafe zu gewärtigen haben, während der übrigen schwere Zuchthausstrafen harrten. Am 19. Februar stellte der Staatsanwalt Jahre seinen ersten Strafantrag. Er be-antragte für sechs der Angeklagten die Todesstrafe. „Ich fordere“, erklärte er zum Schluß, „die Sühne durch den Tod für alle diejenigen, die ihrerseits getötet haben oder haben töten wollen: für Dieudonne, den Mörder der Rue Ordener (Mordanschlag auf den Kassenboten Cabu), für Soudy, Callemir, Symentoff (die Mörder von Montgeron und Chantilly), Carouy und Metzge, die Mörder von Thiais (ein Notar und seine Wirtschafterin). Für Gauzy, der Bonnot, den Mörder Jouins, beherbergte, fordere ich, daß man auch ihn schuldig erkläre. Aber ich glaube, daß man in Anbetracht seiner Vergangenheit und seiner Lage als Fa-milienvater ihm mildernde Umstände bewilligen soll. Für die andern aber kann von Milderung keine Rede sein. Sie haben das Höchstmäß des Verbrechertums erreicht. Es ist gerecht, daß sie das Höchstmäß der Strafen erleiden.“

**Die militärische Sicherungen vergeben werden** — in Österreich — zeigt eine Meldung aus Wien. Vor dem Ver-richtsgericht Wien-Josefstadt fand nach dem „Berliner Tage-blatt“ am 21. Februar ein äußerst interessanter Prozeß statt, in dem eine gewisse Helene v. Kissa gegen einen Agenten namens Julius Brück klagte. Die Klägerin verlangte von Brück die Zahlung von 80 000 Kronen als Vermittlungs-summe für einen Auftrag zur Lieferung von Patronen im Betrage von mehreren Millionen von der österreichischen Heeresverwaltung an die ungarische Patronenfabrik. Frau v. Kissa stand lange Zeit mit dem verabschiedeten Kriegs-minister v. Auffenberg in intimen Beziehungen. Sie schenkt einen derartigen Einfluß auf ihn besessen zu haben daß die Lieferung der Patronen der erwähnten ungarischen Fabrik übertragen wurde, für die Brück als Agent tätig war. Dieser erhielt von der Firma 700 000 Mk. Pro-visions, von denen Frau v. Kissa 100 000 Mk. erhalten sollte. In ihren Besitz sind bisher jedoch nur 20 000 Kronen gelangt. Sie klagte in dem Prozeß auf Zahlung der Rest-summe. Die Verhandlung wurde jedoch wegen Ladung weiterer Zeugen vertagt. Der Prozeß erregt in Wien außerordentliche Sensation, und die ganze Angelegenheit droht sich zu einem gewaltigen Skandal auszuwachsen.

## Aus Nah und Fern.

**Opfer des Eises.** In Oberkorn ist auf dem Eise ein fünfjähriger Knabe eingebrochen und ertrunken.

**Zwölfjährige Schneeverwehung** ist ein Zug bei Osiedo entgleist und ins Flußbett gestürzt. Der Heizer wurde getötet, ein Bahndienstleister erlitt Verletzungen.

**Schneeberge in Spanien.** Schwere Schneestürme werden aus allen Teilen Spaniens gemeldet. Zwei Züge sind in der Nähe von Gironera und drei weitere auf der Strecke nach Arillas im tiefen Schnee stecken geblieben. Über das Schicksal der Reisenden ist man sehr besorgt. Die Abwendung von Hilfszügen hat sich als zwecklos erwiesen, da sie ebenfalls unterwegs un-freiwillig in den Schnee zu liegen kamen. Ein heftiger Sturm hat in Almeria beträchtlichen Schaden angerichtet. Eine

Anzahl Häuser sind eingestürzt. Eine Barke mit fünf Personen besetzt, kenterte, alle Insassen sind ertrunken.

**Gerettete Schiffbesatzung.** Die Rettungsstation Rowe (Pommern) meldet: Am 23. Februar wurden von dem schwedischen Dampfer „Lor“, getrandet und weflich der Lupowindung, nach Ropenhagen bestimmt, sechs Personen durch den Rettungsapparat der Station gerettet.

**Eine kanadische Polarexpedition.** Aus Ottawa wird gemeldet: Die Polarexpedition Steffenson wird von der kanadischen Regierung allein finanziert werden. Steffenson wird im Mai in einem Waldfischfänger von Victoria in Britisch-Columbia ausfahren durch die Behringstraße nach der Herschel-Insel. Man nimmt an, daß die Expedition 4 Jahre beanspruchen wird.

**Vulkanausbruch auf Kamtschatka.** Der mitten auf der Halbinsel Kamtschatka gelegene Vulkan Beresowski be-gann, wie dem „B. Z.“ gemeldet wird, glühende Lavamassen auszuwerfen. Der Vulkanregen eritreckte sich auf einen Um-freis von 10 Werst.

**Automobilkatastrophe bei Bresburg.** Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf der Reichsstraße in der Nähe von Bresburg. Ein mit sechs Wienern be-ladetes Automobil stieß beim Ausweichen eines entgegen-kommenden Wagens so heftig an einen Randstein an, daß das Automobil vollständig zertrümmert wurde. Der Besitzer des Wagens Kütznher und der Vertreter der Nord-deutschen Automobilfabrik Alois Gelb wurden tödlich, seine Gattin schwer und ein dritter Insasse leicht verletzt. Der Chauffeur Massing, der sich die Schuld an dem Unglück beimaß, eilte in seiner Verzweiflung in ein nahe Waldchen und erhängte sich.

**Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.** Beim Schlittschuh-laufen brachen in Rees zwei dreizehnjährige Schüler ein. Sie konnten nicht gerettet werden, trotzdem gleich Hilfe zur Stelle war. Vermutlich hat ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht. Der Bruder des einen Knaben brach bei dem Versuche, den Ertrunkenen zu Hilfe zu kommen, gleichfalls ein. Er konnte jedoch, wenn auch mit großer Mühe, gerettet werden.

**Wenn der Herr Oberlehrer nicht aufpaßt.** In den Schulen wird jetzt fleißig examiniert. Die Prüfungskommissionen nehmen die Schüler einzeln und in Abteilungen vor, um dann die Böde von den Schafen zu trennen, den Eifrigen das Lob, den Faulen die Tadel zu erteilen. Am Freitag, dem 21. d. Mts., kam es bei dem Prüfungsrund der 52 Aus-gelernten der Gothaer Realschule zu einer aufregenden Szene. Ein Oberlehrer für deutschen Aufsatz hatte bereits vor der Zeit in seiner Klasse den ganzen Examenauf-satz erläutern bekannt gegeben. Dadurch hatte nun die Parallelklasse Nachteil, denn der Aufsatz mußte ja gemeinsam im Examenzimmer niedergeschrieben werden. Die eine Klasse wußte schon Bescheid, holte die Stichwörter und Anmerkungen ihres Lehrers hervor und so brachte die Hälfte einen Aufsatz zustande, der fast gleichlautend war, während die andern Schüler die „Geblagmeterten“ waren. In der Spitze des gestrigen Richterkollegiums sah der Staatsrat und Oberschulrat Bachof, der sofort, als sich das börsartige Vorkommnis herausstellte, die ganze Arbeit zurü-d-mies und die Schüler auf den nächsten Tag bestellen ließ, damit ein anderer, unbekannter Aufsatz geschrieben werde. Der Oberlehrer aber soll einen gehörigen Stüber erhalten haben. Ein Professor der Mathematik war besonders voller Erstaunen, denn „so etwas“ sei ihm ja während seiner ganzen 28jährigen Tätigkeit noch nicht passiert, nee so ne Wirk-schaft! ... Auch unter den jungen Leuten der Realschule entstand eine Art Revolte, zumal der Lehrer zum Unglück nicht sehr beliebt ist. Was doch solch ein Irrtum über die Lehrordnung alles anrichten kann.

## Oldenburger Landtag.

h. Die Plenarsitzung am Montag umjagte bei 17 Tages-ordnungspunkten nur wenige, die für das Fürstentum Lübeck Interesse haben. Hervorzubeben ist die Beratung über den Gesetzentwurf betr. die ärztliche Untersuchung der Schulkinder für das Herzogtum Oldenburg. Das Gesetz legt den Gemein-den die Verpflichtung auf, Schulärzte anzustellen, die jährlich einmal die Kinder untersuchen, bei der Schulaufnahme gründlich, im übrigen mehr summarisch. Die Kosten fallen den Gemeinden zur Last. Seitens der Sozialdemokratie sind eine Reihe Verbesserungsanträge gestellt, die dahin gehen, Schulärzte im Hauptamt anzustellen und die Kosten dem Staat aufzuerlegen. Bei der Beratung wurde von unseren Vertretern noch besonders gefordert, bald möglichst auch für das Fürstentum Lübeck ein solches Gesetz dem Landtag vorzulegen. Dem sagte die Regierung, die anfangs erst Erfahrung in Oldenburg sammeln wollte, zu. Von einigen Liberalen wurden zu dem vorliegenden Gesetz ab-schwächende Anträge gestellt, die dahin gingen, nicht alle Schüler jährlich einmal zu untersuchen, sondern nur die, bei denen sich Krankheitsercheinungen bemerkbar gemacht haben. Das Zentrum steht dem Gesetz nur sehr zaghaft gegenüber, ebenso ein Teil der Agrarier; sie möchten das Gesetz am lieb-sten ablehnen. Bei der Abstimmung ergab sich eine recht eigentümliche Situation. Die Ab schwächungsanträge zu dem § 1 des Gesetzes werden mit den Stimmen der Sozialdemo-kraten abgelehnt, die Verbesserungsanträge dazu werden ab-gelehnt, ein Antrag auf Ausnahme eines Teiles der Aus-führungsbestimmung zu § 1 wird angenommen, der § 1 der Regierungsvorlage dann aber abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrag der Sozialdemokraten auf Anstellung der Schulärzte im Hauptamt, dagegen wurde der Antrag, welcher die Kosten dem Staat auferlegen will, den die Regierung als unannehmbar erklärt, unter Zustimmung des Zentrums und der Agrarier angenommen. Will man damit erreichen, daß das ganze Gesetz fällt? Die zweite Lesung wird das zeigen.

Ein Antrag des Abg. Dursthoff (liberal) auf Er-richtung des Notariats für alle drei Landes-teile des Großherzogtums wurde nach langer Debatte an-genommen, jedoch soll zunächst eine Aufstellung herbeigeführt werden über die eventuellen Ausfälle für die Staatskasse.

In Gemäßheit des Landtagsbeschlusses auf Errichtung eines zweiten Lehrerseminars in Barel hat die Regierung jetzt eine nähere Vorlage gemacht, damit noch zu Ostern dieses Jahres die erste Klasse eingerichtet werden kann. Die Vorlage wird angenommen. Ebenso wird das Gesetz, welches der Schleswig-Holsteinischen Brandkasse das Recht gibt, rückständige Beiträge und Aufnahmekosten im Ver-waltungswege einzuziehen, in zweiter Lesung angenommen. Eingegangen ist eine vertrauliche Vorlage.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und nützlich aus-geführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.